

Kernkompetenz vergleichende Politik FS 2016

Lernziele - Ich bin in der Lage...

Inhaltsverzeichnis

Modul 1 – Polity Der Nationalstaat und seine Institutionen	4
<i>VL2</i>	4
... zu beschreiben, warum man in der Politikwissenschaft (PW) vergleicht	4
... zu verstehen, wie und was man in der PW vergleichen kann	4
... Objekte zu vergleichen und zu wissen, dass die Forschungsstrategie je nach Fallzahl und Art des Merkmals variieren kann.	4
... zu erklären, was Scheinzusammenhänge sind und was man unter „empirischem Test“ versteht.	4
... die verschiedenen Forschungsstrategien der vergleichenden Politik (VP) zu erläutern	4
... die verschiedenen Typen von Variablen zu identifizieren	4
... die wichtigsten Methoden der VP anhand von Beispielen zu diskutieren.	4
<i>VL3</i>	6
... die zwei „Revolutionen“ vollumfänglich zu beschreiben	6
... die Herausbildung des Staates zu erklären und können die verschiedenen Formen der Staatsherausbildung unterscheiden → GEBIET → ganzer Abschnitt erklärt Herausbildung des Staates nicht!! Überarbeiten!	6
... das City-Belt Modell verstehen (Rokkan)	7
... Begriffe wie Nation, Nationstypen, Nationalismus und liberaler Staat zu umschreiben und kennen die Rolle von Religion und Sprache für die Konstruktion der Nation. → Identität	8
... die drei Elemente der Bürgerschaft sowie die Funktionen des Staates zu benennen.	8
<i>VL 4</i>	10
...zu definieren was eine Demokratie resp. Eine repräsentative Demokratie ist und kennen deren Voraussetzungen / Eigenschaften	10
... zu erklären (Beispiele), was unter „Wellen“ der Demokratie verstanden wird.	11
... die Dimensionen der Demokratisierung ausführlich zu beschreiben:	12
... Rokkans Schwellen der Demokratisierung zu erläutern	13
... Dahls Pfade der Demokratisierung zu umschreiben	13
<i>VL 5</i>	15
... die Eigenschaften sowie Vor- und Nachteile der verschiedenen Typen demokratischer Systeme zu erläutern und können diese vergleichen.	15
... die Entstehung der Typologie Westminster vs. Konkordanz Demokratie diskutieren	19
<i>VL6</i>	21
...die Bedeutung der 3. Demokratisierungswelle zu umschreiben	21
... das Ende des Realsozialismus zu schildern	21
... die drei Pfade der Transformation mit Hilfe von Beispielen zu erläutern	21
... zu beschreiben, was mit „Transition in Gegenrichtung“ gemeint ist.	22
... die drei Demokratisierungstheorien zu nennen und den ersten Ansatz (Modernisierungs- / Ökonomisch-/ Klassenansatz) genauer auszuführen.	22
... zu erklären weshalb es zwischen „ressourcenreich“ und „Demokratie“ eine negative Korrelation geben kann.	23
... verschiedene Indikatoren zur Messung der Demokratie beleuchten.	23
<i>VL7</i>	24
... die Bedingungen für eine liberale Demokratie aufzuzählen.	24
... die Objekte der Unterstützung und die Quellen der Unterstützung zusammen zu kombinieren und die Folgen an Beispielen zu beschreiben.	24

... die Bedeutung von Orientierungen für politische Kulturen und die Misch-Form der „Civic Culture“ zu erklären.	26
... die Passage von allegiant to assertive Werte zu beschreiben	27
... die Formen von konventionelle/nicht-konventionelle und von legale/illegale Partizipation zu unterscheiden.	27
... die Makro-Faktoren und die Mikro-Faktoren, die zu mehr/weniger intensiver Partizipation führen zu identifizieren.	27
VL8	28
...die Rolle von Allgegenwart der Parteien in der repräsentativen Demokratie zu umschreiben.	28
... den intra- und extra- parlamentarischen Ursprung der Parteien zu schildern	28
... die Funktionen von Parteien auszuführen	29
... das Responsible Party Model sowie die doppelte Natur der Parteien zu erläutern	29
... die verschiedenen Typen und Modelle der Parteien (-organisation) zu beschreiben.	30
... verschiedene Indikatoren (und deren Entwicklung) zur Messung der Identifikation mit, und Mitgliedschaft in, einer Partei zu beschreiben (z.B. Vertrauen, Nähe, Identifikation, Aktivismus)	32
Modul 2 – Politics Spaltungen, Parteiensysteme und Repräsentation	33
... die historische Herausbildung von Spaltungen und deren Zusammenhang zu „Revolutionen“ zu erläutern	33
... die aus den „Revolutionen“ entstandenen Spaltungen, Konflikte und Parteienfamilien zu diskutieren	33
... zu erklären, was die freezing-Hypothese & die re-alignment Hypothese besagen.	36
... ungefähr zu sagen, welche Parteien in welchem Ausmass in Europa zwischen 1848 und Heute existiert haben.	36
VL10	37
... die wichtigsten Definitionen der Wahlsysteme wiederzugeben	37
... die verschiedenen Möglichkeiten der Stimmgebung und Listenformen zu erläutern	37
... die Bedeutung und die verschiedenen Arten von Wahlkreisen (anhand von Beispielen) zu verdeutlichen	37
... die verschiedenen Wahlformeln zu beschreiben	37
... die Methode des grössten Überresten und des grössten Durchschnitts zu erklären	37
... die Begriffe Sperrklausel und Proportionalität im Kontext von Wahlsystemen zu erläutern und mögliche Indikatoren zu verstehen	37
... das Duverger-Gesetz zu beschreiben	37
... mögliche Auswirkungen von Wahlsystemen zu diskutieren und Begriffe wie „strategic“ und „sincere“ voting zu erklären	37
VL 11	38
... die Typologie der Parteiensystemen zu diskutieren	38
... die numerischen Indikatoren zum Beschreib von Parteiensystemen zu erklären	39
... die Leistung von Parteiensystemen in Majorz- mit jener in Proporzsystemen zu vergleichen	39
... zu beurteilen, inwiefern die theoretisch angenommene Leistung von Parteiensystemen in Majorz- und Proporzsystemen der Realität entsprechen.	40
... die Dynamik von Parteiensystemen anhand der Marktanalogie und räumlichen Analogie zu erläutern.	40
... das Modell von Downs sowie die Eigenschaften des zentripetalen Wettbewerbs zu erklären.	40
... die Kritik an rational-Choice Ansätzen wiederzugeben.	41
... Beispiele empirischer Analysen zu verstehen und zu erläutern.	41
Modul 3 – Policy Wohlfahrtsstaat, Kapitalismus und Politikfelder	42
VL 12	42
... die verschiedenen Policy Typen und den Policy Prozess zu beschreiben.	42
... zu erklären, was „Wohlfahrtsstaat“ bedeutet und was dessen Ziel ist; dessen zeitliche und räumliche Variation in der Entstehung und Entwicklung zu diskutieren	42

... die drei Ansätze zur Bildung von Wohlfahrtsstaaten verstehen und erläutern	43
... jene Komponenten und quantitativen Messungen zu diskutieren, welche es erlauben Wohlfahrtsstaaten zu vergleichen	44
... die Haupttypen zu beschreiben (Ideologie, Leistungen, Länder)	45
... die heutigen Herausforderungen (Rückgang vs. Reform vs. Wandel) zu diskutieren	45
... den zwei-dimensionalen Raum der Solidarität zu erläutern	46

Modul 1 – Polity

Der Nationalstaat und seine Institutionen

- beschreiben → Deskriptiv
- Unterschiede erklären → Explikativ

→ wir vergleichen, weil wir erklären und Effekte vorhersagen wollen; Bildung von Hypothesen

- Verglichen werden Fälle → Länder, Systeme, Subsysteme, Teile davon
- Verglichen werden Variablen → Merkmale, Attribute eines Systems (oder Teils davon)
- Vergleichene Objekte müssen mind. 1 gemeinsames Merkmal haben.
- Werte → Ähnlichkeit oder Unterschied anhand von Werten von Merkmalen der verglichenen Objekte.

unabhängige Variabel → erklärende Variabel (Ursache)

abhängige Variabel → Effekt

empirischer Test → Zusammenhangsmass zwischen *operativen* Variablen: Korrelation, Kovarianz (Bedeutung des *Variierens*) zwischen unabhängiger Variable und abhängiger Variable ???

Scheinzusammenhänge → Etwas scheint zusammen zu hängen, kann aber durch Kontrollvariable (Drittvariable, die konstant bleibt) kontrolliert werden. „*Ceteris paribus Klausel*“ → siehe MDSD und MSSD

- Extensiv → viele Fälle, wenig Merkmale → Variablen-orientiert
- Intensiv → wenig Fälle, viele Merkmale → Fall-orientiert
- Diachronisch → Fälle über mehrere Zeitpunkte → Zeit-orientiert
- Nominal → keine Ordnung
- Ordinal → ordnung zwischen Werten
- Skaliert → Ordnung zwischen Werten und quantifizierte Distanz zwischen Werten.

- Experimentelle Methode
- Statistische Methode → viele Fälle
- Vergleichende Methode → wenige Fälle
- Fallstudie → Einzelfallanalyse

Most Similar Systems Design MSSD

→ **Methode der Differenzierung (man sucht ETWAS das sich differenziert)**

Fälle mit gleichen Werten mit einer grossen Anzahl Variablen. Fälle so ähnlich wie möglich.

→ Drittvariablen Konstant, *Ceteris paribus clause*

Länder/Variable n	Sprache	Religion	Ungleichheit	Regime X	Öl Y
1	Ar	I	2	A	+
2	Ar	I	2	D	-
3	Ar	I	2	D	-

Da die Kontrollvariablen alle gleich sind, beeinflussen diese das Verhältnis zwischen X und Y nicht, weshalb dieser Unterschied ausschlaggebend sein muss, für die unterschiedlichen X.

Most Different Systems Design MDSD

→ **Methode der Übereinstimmung (man sucht ETWAS das übereinstimmt)**

Fälle mit unterschiedlichen Werten mit einer grossen Anzahl von Variablen. Fälle so unterschiedlich wie möglich.

Länder/ Variablen	Bildung	Religion	Sprache	Verbreitung social media X	Revolution Y
1	++	I	Ar	+	+
2	+	Chr	Engl	+	+
3	-	Chr	Sp	+	+

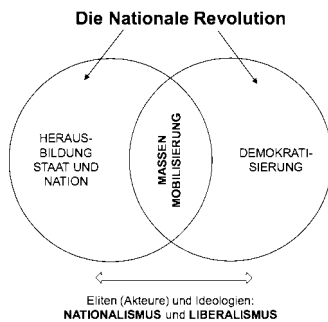
→ Da die Kontrollvariablen alle unterschiedlich sind und die Variablen X und Y gleich (X-Y Relation konstant) müssen die etwas miteinander zu tun haben.

→ die anderen Variablen müssen unabhängig von der X-Y Relation sein.

Nationale Revolution;

- Herausbildung des Nationalstaates
- Liberalisierung und Demokratisierung des Nationalstaates
- „neuere“ und „ältere“ Staaten

Nationale Revolution hat immer die Bestandteile



Herausbildung Staat und Nation hat zwei Teile:

Gebiet → Staatherausbildung

Identität → Konstruktion der Nation (hat nicht zwingend mit Territorium zu tun)

- ältere/frühere Herausbildung
- Unabhängigkeit, Sezession
 - o Religiös → Belgien, Irland
 - o Sprachlich/kulturell → Norwegen, Finnland, Island
- Vereinigung → Deutschland, Italien, Schweiz, USA
- Ende multi-nationaler Reiche → Habsburg, osmanisches Reich, Ende Kolonialismus
- Britisches Commonwealth
 - o Multi-Nationaler Staat: England, Schottland, Wales, Irland
 - o Commonwealth: Kanada, Australien, Neuseeland
- Doktrin der Selbstdeterminierung
 - o 14 Punkte Plan → Ende 1. Weltkrieg
 - Beseitigung von wirtschaftl. Schranken
 - Die 14 Punkte waren Grundlage der amerikanischen Position während der Verhandlungen der Pariser Vorortverträge 1919. Großen Wert legte Wilson auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches aber nicht konsequent zur Anwendung kam
- 3. Welle → Afrika, Nah Osten, Asien
- Sowjetunion und Europäische Union
 - o Osteuropa

Das City Belt Modell hat Erklärungspotential für:

- Staatstrukturen
 - o Verspätete Zentralisierung der Staatsfunktionen
 - o Dezentralisierung/Föderalismus
- Typ der Demokratie
 - o Konsoziative Demokratie (Konsens)
 - o Verhältniswahlssysteme
- Parteiensystem
 - o Multidimensionaler ideologischer Raum: kulturelle Dimension
 - o Mehrparteiensystem
 - o Überdimensionale Koalitionsregierungen
- Nationale Ökonomie
 - o Korporatismus und CME

Das City Belt Modell kann als Erklärungsmodell für die frühe oder spätere Herausbildung der Nationalstaaten in Europa herangezogen werden.

Der Städtegürtel in Mitteleuropa zeigt, dass dort die Dichte an urbanen und kulturellen Zentren bereits seit dem Mittelalter am höchsten ist.

Dies aufgrund von

- Wirtschaft → Handelswege (Atlantischer Handel mit den USA (vorallem von Seiten GB) und dem Orienthandel sowie die Kontrolle der alpinen Pässe durch die Schweiz).
→ Handel nach Aussen = frühere Herausbildung Nationalstaat
- Religion → Klöster, Kathedralen
- Städtenetzwerk → politische & territoriale Fragmentierung (vor Nationalstaat)

In der Peripherie hingegen ist die Dichte kultureller Zentren tief. Auf der Nord-Süd Achse befindet sich die kulturelle Dimension, auf der West-Ost Achse findet sich die wirtschaftliche Dimension.

Wirtschaft:

- Die maritimen Reiche waren aufgrund ihrer Lage „gezwungen“ nach aussen zu expandieren und mit Übersee Handel zu betreiben → frühe Herausbildung des Nationalstaates
- Landgebundene Reiche bezogen ihre wirtschaftliche Kontrolle auf umlegende Gebiete. Einflussgebiete begrenzt, sie mussten sich auf umlegende Gebiete expandieren, was zu multinationalen Reichen führte → Gegensatz zu Nationalstaaten
→ späte Herausbildung Nationalstaaten
- Städtegürtel: Wirtschaftliche Komplexität → Schwierigkeit der Herausbildung des Nationalstaates

Kultur:

In den nördlichen Gebieten herrschte der reformierte Protestantismus. Hier wurde mit der Supranationalen Religion gebrochen und die Kirche hat bei der Staatsbildung mitgearbeitet, was zur schnelleren Herausbildung von Nationalstaaten führten → Allianz Staat-Kirche. Es führte ausserdem zur Etablierung von lokalen Religionen.

Im Süden verlief eine katholische Gegenreform, in der sich die Religion ausserhalb des Staates wahrnahm und eine supranationale Religion wollte. Hier fungierte die Religion als

Konkurrent der Staatsbildung → Religion sträubte sich auch gegen die Übernahme der Sozialisierung/obligatorischen Schulung durch Staat
→ war die katholische Gegenreform nun Grund für eine schnelle oder Langsame Herausbildung??

Im Städtegürtel/Zentrum gab es eine zu grosse kulturelle Komplexität und zu viele Akteure, weshalb die Staatenherausbildung langsamer verlief.

Wichtig für Konstruktion der Nation:

- Rolle von nationalistischen Ideologien → Nationalismus → Bild von gemeinsamer Zukunft und Vergangenheit, Mythen, Symbole
 - o Nationalismus ist ein moderner Begriff. Politische Bewegung mit spezifischer Ideologie und Bildern, welche Nation ins Zentrum stellt: die Nation muss autonom und vereinigt sein.
- Nationalisierung von Sprache und Religion → Nationale Standards in Sprache und staatliche Religionen führen zu Zusammengehörigkeitsgefühl.
- Sozialisierungsmechanismen durch Schulbildung und Wehrpflicht

Nationstypen

Organisch (Kulturnation) → sieht sich als Gemeinschaft, hat emotionale Bindung, Volksgeist, „Blutsabstammung“, Ethno-kultureller Nationalismus → Ostblock, RUS
Voluntaristisch (Willensnation → politischer Wille zum Zusammenschluss, sieht sich als Gesellschaft, republikanischer Patriotismus → USA, CH, FRA

Elemente der Bürgerschaft

- Zivile Rechte – legale Gleichheit
- Politische Rechte – politische Gleichheit
- Soziale Rechte & Pflichten – soziale Gleichheit
 - o Umverteilung
 - o Chancengleichheit
 - o Versicherung

Funktionen des Staates

1. Minimaler Staat
 - a. Verteidigung
 - b. Interne Sicherheit und Ordnung
 - c. Finanzen
2. Liberale Nationalstaat
 - a. Schulen
 - b. Pflichtwehr
 - c. Zentralisierung und Standardisierung
 - i. Verwaltung
 - ii. Sprache

- d.** Aufbau Identität
 - e.** Demokratisierung
- 3.** Industrielle Staat
 - a.** Intervention in die Wirtschaft
 - b.** Investition und Infrastruktur
 - i.** Transport
 - ii.** Energie
 - c.** Monetär/Finanzpolitik
 - i.** Zentralbanken
- 4.** Wohlfahrtsstaat (Modul 3)
 - a.** Umverteilung von Ressourcen
 - b.** Sozialpolitik
 - i.** Unfall
 - ii.** Arbeitslosigkeit
 - iii.** Rente
 - iv.** Gesundheit
 - v.** Mutterschaft
 - vi.** Integration
 - c.** Versicherung gegen Risiken

→ Demokratien haben einen Pfeiler der Teilnahme des Volkes sowie einen Pfeiler der liberalen Verfassung.

Institutional Feature	Mehrheitsdemokratie	Konsensdemokratie
Exekutive	Konzentration der Macht in einer Partei im Kabinett oder minimale Gewinnkoalitionen	Machtteilung in breiten Mehrparteienkoalitionen
Beziehung Exekutive - Legislative	Exekutive dominiert Legislative	Machtgleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative
Parteiensystem	Zwei-Parteien System	Mehrparteiensystem
Wahlsystem	Mehrheits- und unproportioniertes Wahlsystem	Proporz
Verbandssystem	pluralistisch	korporatistisch
Regierungsform	Einheitsregierung und zentralisiert	Föderalistisch und dezentral
Legislatur	Ein-Kammer System	Zweikammersystem
Verfassung	Flexibel	Rigid
Verfassungsgerichtsbarkeit	Parlamentssouveränität	Verfassungsgericht
Zentralbank	Von Exekutive abhängig	Unabhängig von Exekutive

Dünne Definition:

„the democratic method is that institutional arrangement for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide by means of a competitive struggle for the people's vote.“ / „free competition for a free vote“ - Schumpeter

→ Basiert auf Prozedur, nicht substantiell

Elitäre Definition

Eliten stehen im Wettbewerb um populäre Unterstützung.

Dicke Definition → Dahls Polyarchie

Definition: 7 Institutionen die eine Polyarchie ausmacht

- Gewählte Vertreter*innen
- Freie und faire Wahlen
- Allgemeines Stimm-/Wahlrecht (universal)
- Recht auf Ausführung eines politischen Amtes
- Freie Meinungsäußerung
- Medien/Informationsfreiheit
- Versammlung/ Verbandsfreiheit

Entwicklung zu einer Polyarchie:

1. Inkorporation: Universal Suffrage → right to participate in governmental decisions by casting a vote
2. Repräsentation: Organisation neuer Parteien und Partizipation im Parlament/Regierung → right to be represented → useful indicator shift from the more conventional majoritarian voting system to more open and proportional voting formulae (Proporz)
3. Organisierte Opposition: «throw rascals out», die Möglichkeit eines Parlament ein Misstrauensvotum abzuhalten und damit ein Regierungswechsel herbeizuführen (auch wenn unterschiedlich “schnell“). → in parliamentary systems, this milestone is reached when the executive becomes fully responsible to the legislature and hence when it can be dismissed by a majority in parliament.

Voraussetzungen für eine Demokratie

- Repräsentative Demokratie (Parlament)
- Zivile Rechte
 - Assoziationsfreiheit (frei konkurrieren können)
 - Freie Meinungsäußerung, Informationsfreiheit
 - Passives Wahlrecht
 - Aktives Wahlrecht
- Wahlen → Zentrale Institution der Repräsentativen Demokratie
- Rechtsstaatlichkeit

Repräsentative Demokratie

1. Symbolische Repräsentation
 - a. Einheit
2. Deskriptive Repräsentation
 - a. Vertreten sollten die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln → Darstellung
3. Aktive Repräsentation → Vertretung
 - a. Responsiveness: Reaktion auf Präferenz des Volkes
 - b. Responsibility: Sichtbarkeit der Entscheidungen. WER ist zuständig? Entscheidungen im Interesse des Volkes → Handlungsfreiheit
 - c. Accountability → Möglichkeit der Sanktion (Wiederwahl/Abwahl)

Definition: Gruppentransition von nicht demokratisch zu demokratisch in kurzer Zeit.

Periode	Typ von Welle	Wechsel
1828-1926	1. Welle → lang	CH, UK, US, Aus, Can, Irland, DE, AT, Jap, ESP, Arg...
1922 – 1942	1. Gegenwelle → Faschismus & Kommunismus	DE, AT, Jap, ITA, ESP...
1943 – 1962	2. Welle → kurz → Wiederdemokratisierung &	NICHT GRE, POR, ESP

	Dekolonialisierung	Asien (Sri Lanka, Venezuela, Costa Rica, Nigeria, Indo, Libanon..)
1958 – 1975	2. Gegenwelle (Populismus in Lateinamerika, Kommunismus)	Ecuador, Chile, Peru, Nigeria, Indo...
1974 – heute	3. Welle	DomRep, Nicaragua, Panama, Senegal, El Salvador, Honduras, Guatemala, Haiti, Sudan, Russland, Weissrussland
Heute	4. Welle?	Arabischer Frühling?

In der ersten Welle der Demokratisierung (1828 - 1926) fand eine Erweiterung und Festigung demokratischer Rechte in ca. 30 Staaten statt, gefolgt von einer ersten Gegenwelle (1922 - 1942), in der zahlreiche europäische Staaten zu autoritären Staatsformen zurückkehren. In der zweiten Welle der Demokratisierung von 1943 bis 1962 wurde die Demokratie in Westeuropa wiedererrichtet und erste Versuche demokratische Strukturen in den selbstständig werdenden Kolonien zu installieren, unternommen. Die zweite Gegenwelle (1958 - 1975) ist von der Errichtung autoritärer Regimes in Ländern Afrikas und Lateinamerikas gekennzeichnet. In der seit 1975 stattfindenden dritten Welle der Demokratisierung setzen sich in Spanien und Portugal demokratische Strukturen durch und es beginnt ein Demokratisierungsprozess in Osteuropa.

Wellen und Gegenwellen

Länder	Welle 1	Rev. 1	Welle 2	Rev. 2	Welle 3	Rev. 3?
Haiti, Sudan, Suriname, Russia, Belarus						
Bulgaria, Dominican Republic, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mongolia, Namibia, Nicaragua, Panama, Romania, Senegal						
Burma, Fiji, Ghana, Guyana, Indonesia, Lebanon						
Nigeria						
Bolivia, Brazil, Ecuador, India, South Korea, Pakistan, Peru, Philippines, Turkey						
Botswana, Costa Rica, Gambia, Israel, Jamaica, Malaysia, Malta, Sri Lanka, Venezuela						
Estonia, Latvia, Lithuania, Czechoslovakia, Hungary, East Germany, Poland, Portugal, Spain, Greece, Argentina, Uruguay						
Austria, Belgium, Colombia, Denmark, France, West Germany, Italy, Japan, Netherlands, Norway						
Chile						
Australia, Canada, Finland, Iceland, Ireland, New Zealand, Sweden, Switzerland, UK, US						

- Definition und wer kann wählen

- Wer wählt – **Inklusion** (politische Rechte)
 - Verschiedene Arten von Wahlrechten, Problematik der Ein- und Auswanderer (Prinzip der Mitgliedschaft oder Prinzip der Territorialität)
- Wie viele Stimmen – **Egalisierung/Liberalisierung**

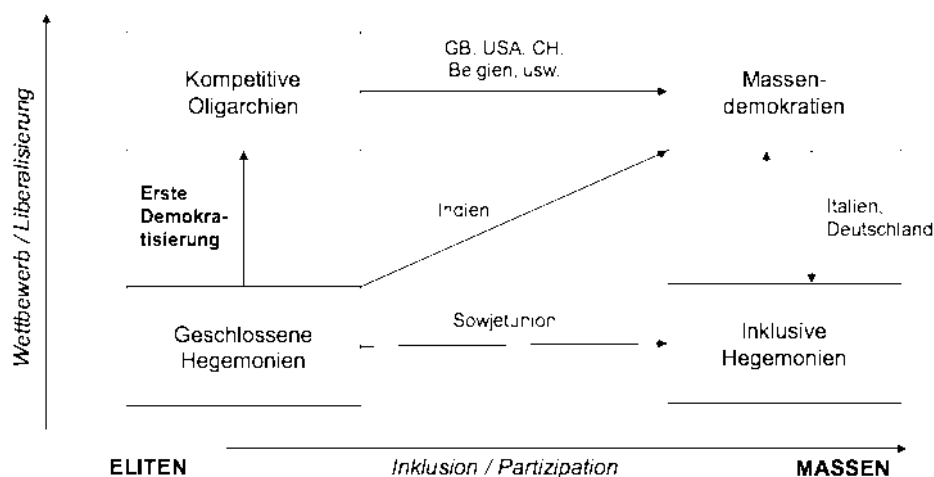
- Juristisches Prinzip „one person one vote“ → gleiches Wahlrecht
 - Wie wird gewählt – das Wahlsystem
 - **Formelle / informelle Ungleichheiten**
 - Pluralwahlrecht
 - Indirekte Wahlen
 - Prinzip der Wahlmänner (USA)
 - Geheimes Wahlrecht
 - Schutz von verwundbaren Schichten
 - Obligatorisches Wahlrecht
 - **Wie wird gewählt:**
 - Wahlkreis
 - Malapportionement
 - Any system where one group has significantly more influence than another, such as when voting districts are unevenly spread out across a population
 - Gerrymandering (Wahlkreisschiebung)
 - The practice of redrawing electoral districts to gain an electoral advantage for a political party.
 - Wahlformel
 - Sperrklausel
 - Ausschluss von Minderheiten
 - Von Mehrheit- zu Verhältniswahlformel
 - Mehrheitssysteme: first past the post → Einerwahlkreise
 - Jede Stimme zählt – Vertretung von Minderheiten
1. Legitimierung – Bedingung für fairen Wettbewerb
 - a. Zivile Rechte/Bürgerschaft
 2. Inklusion/Partizipation – durch Parlamentarisierung und Ausdehnung des Wahlrechts
 - a. Politische Rechte
 - b. Wahlrecht
 3. Vertretung
 - a. Senkung der institutionellen Hürden für Vertretung von Minderheiten und neuen Parteien → Proporzwahlssysteme
 4. Exekutive
 - a. sind accountable gegenüber dem Parlament – Parlamentarische Kontrolle
- SEITE 22!!!

→ 3 Meilensteine

1. Incorporation
2. Representation
3. Opposition

Faschismus basiert auf
Mobilisierung der Massen, aber
nur mit 1 Partei

Dahls Pfade zur Demokratisierung

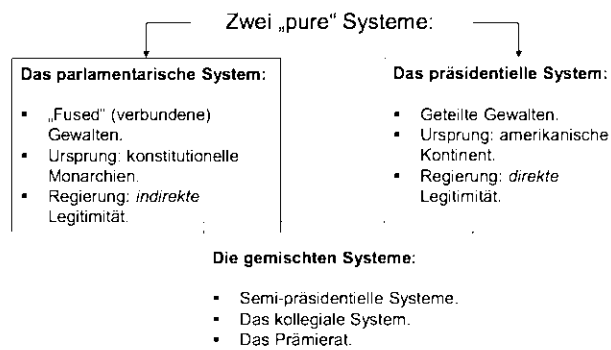


Zakaria/Dahl: idealerweise kommt Liberalisierung vor Partizipation

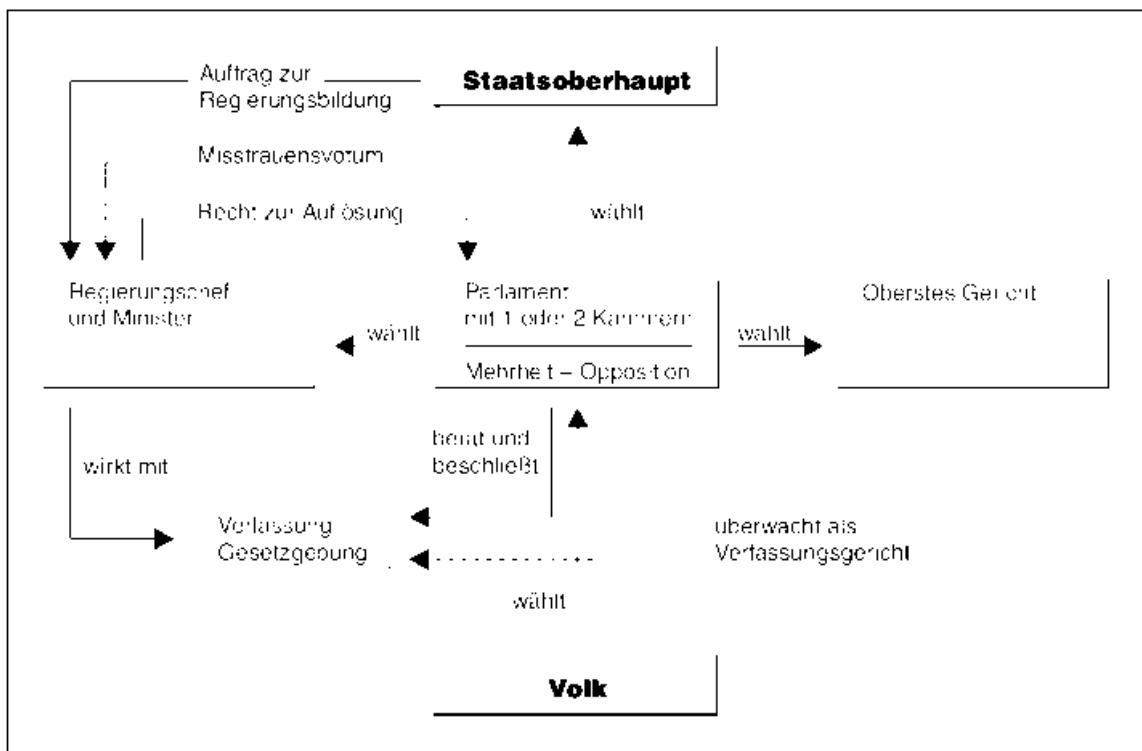
1. geschl. Hegemonie zu komp. Oligarchie
Es gibt zwar einen politischen Wettbewerb, aber nicht alle dürfen teilnehmen
2. geschl. Hegemonie zu inkl. Hegemonie
Es darf zwar jeder am Wahlen etc. teilnehmen, aber es gibt keinen Wettbewerb (z.B. nur eine Partei erlaubt)
3. komp. Oligarchie zu Massendemokratie
zum bestehenden Wettbewerb werden nun alle zugelassen
4. inkl. Hegemonie zu Massendemokratie
der Wettbewerb wird geöffnet und das Recht auf Opposition und Organisation neuer Parteien und Partizipation gegeben.
5. Geschl. Hegemonie zu Massendemokratie
„the three milestones [incorporation, representation, opposition] were reached in one or less simultaneously in the case of many of the newer democracies. [They] were won at one and the same time in many of the third-wave polities, leaving little room for the party system, and the institutional order in general, to settle.“

Übersicht:

Typen demokratischer Systeme

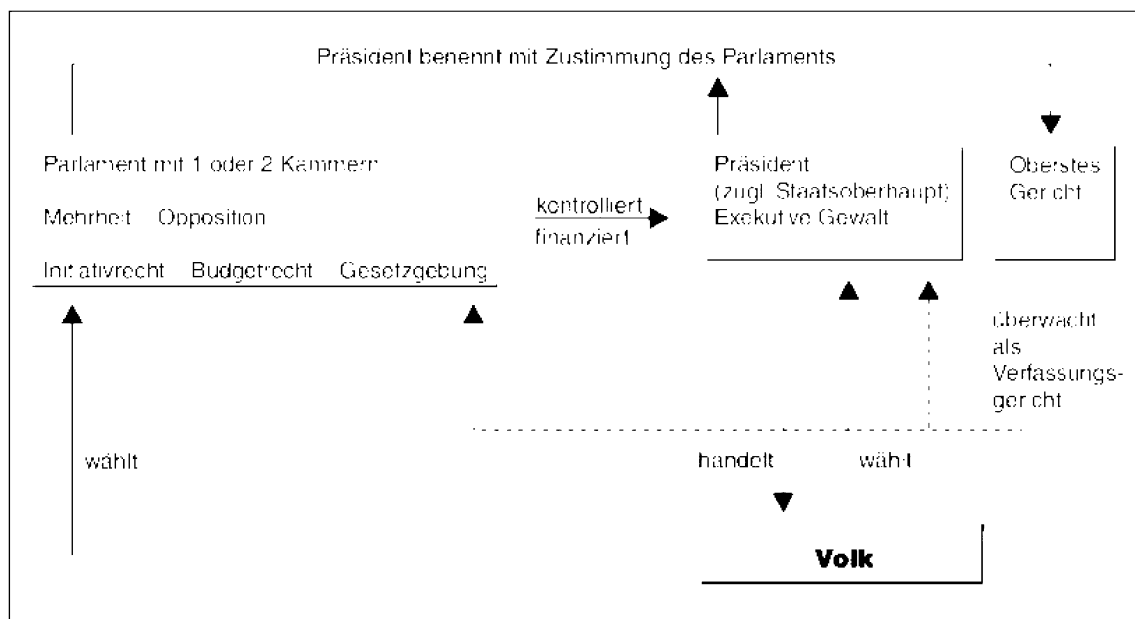


Exekutive bestimmt durch	Amtszeit	
	Begrenzt	Unbegrenzt
WählerInnen	Präsidentialismus	Prämierat (Israel 1996)
Gemischt	Semi-präsidentialismus	
Parlament	Kollegiales System	Parlamentarismus



- Exekutive wird indirekt durchs Parlament gewählt (Absolutes Mehr nötig -> CH Koalitionen)
- Staatsoberhaupt normalerweise Monarch oder Präsident (z.B. Kanzlerin) (eher symbolisch)
- 2 köpfige Exekutive → Regierungschef & Minister
- Misstrauens- oder Vertrauensvotum des Parlaments gegenüber der Exekutive möglich
- Dissolution des Parlaments möglich

KEINE Gewaltenteilung → Verschmelzung der Gewalten

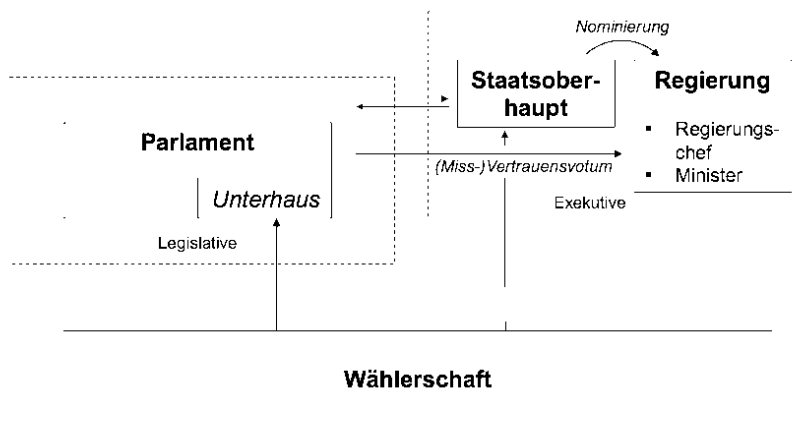


- Direkte Wahl der Exekutive
- 1 köpfige Exekutive → Präsident
- Strenge Trennung zwischen Legislative und Exekutive
- Exekutive und Legislative können sich nicht gegenseitig absetzen/auflösen
- Staatsoberhaupt hat direkte Legitimität durch das Volk
- Neue Demokratien bevorzugen direkte Wahl des Präsidenten, da sie bei Demokratisierung dann alle Institutionen zur Wahl stellen wollen.

STRIKTE Gewaltenteilung

Vorteile	Nachteile
Accountability hoch	Zeitliche Rigidität: Gute und schlechte Präsidenten
Identifizierbarkeit: Unterschiedliche Kandidaten/Programme sichtbar	Mehrheitsentscheidungen: Winner takes it all
Gegenseitige Prüfung durch unabhängiges Parlament	Duale Legitimität: wenig Anreize für Kooperation mit Parlament → Blockierung des Systems
Bestimmte Amtszeit und beschränkte Wiederwahl	

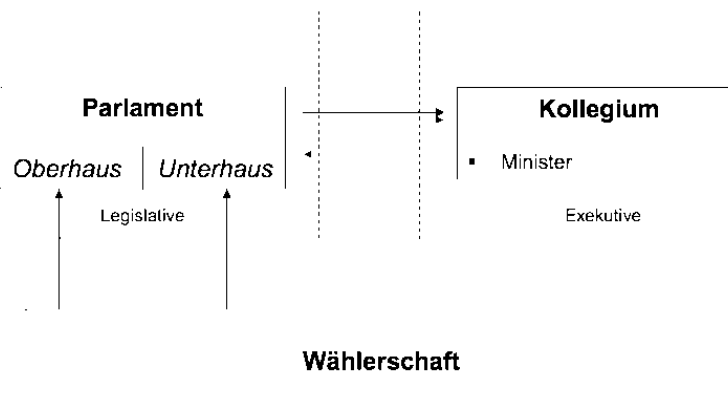
Das semi-präsidentielle System (1/4)



z.B. Frankreich, Österreich

- 2-köpfige Exekutive
 - Staatsoberhaupt/Präsident wird direkt vom Volk gewählt (direkte Legitimität)
 - Staatsoberhaupt nominiert Regierung
- Staatsoberhaupt: Präsident
 - Hat starke Kompetenzen (nicht nur repräsentativ)
- Cohabitation: wenn Legislation und Exekutive nicht gleicher „Ideologie“ angehören ist der Präsident fast machtlos, dann ist das System wie ein Parlamentarisches System
→ unwahrscheinlich, wenn Wahlen für Präsident und Parlament in gleichem Jahr stattfinden
- Parlament kann mit Missvertrauensvotum die Regierung absetzen / Die Regierung ist „accountable“ gegenüber dem Parlament (→ Missvertrauensvotum)
- Parlament kann nur vom Präsidenten aufgelöst werden

Das kollegiale System (1/2)



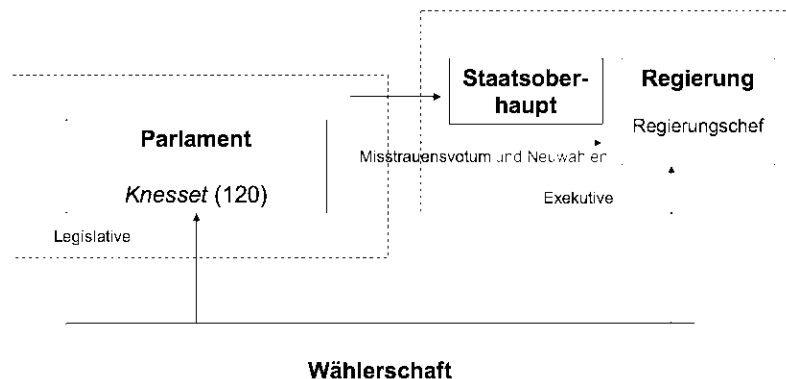
z.B. Schweiz

- Trennung zwischen Legislative und Exekutive
- Legislative bestimmt Kollegium (Bundesrat) → wie im parlamentarischen System
 - Können nicht abgewählt werden

- Parlament wird vom Volk bestimmt → indirekte Auswahl
 - Kann nicht aufgelöst werden → wie im präsidentiellen System
- Vertrauensvotum aber kein Misstrauensvotum

Partielle Gewaltenteilung!

Das Prämierat: Israel 1996-2001



direkte Wahl des Ministerpräsidenten

historisch politisch wichtig!

- Sie können deren Hauptdimensionen anhand von Länderbeispielen und Eigenschaften erläutern

	Westminster	Konkordanz
Exekutive	Einparteienregierung	Koalitionsregierung
Fälle	GB, USA, Oz, FRA	CH, Belgien, Niederlande, ITA
Legislative	Einkammersystem: Vertretung des Volkes, keine Territoriale Vertretung Zweikammersystem: Asymmetrischer Parlamentarismus 2. Kammer hat weniger macht	Zweikammersystem Symmetrischer Parlamentarismus Territoriale Vertretung
Fälle	GB, Jap, FRA	DE, USA, CH
Wahlsystem	Mehrheitssysteme	Verhältnissysteme
Fälle	FRA, USA, GB, Oz, Indien, CAN	CH, DE
Struktur des Staates	Einheitsstaat	Föderalismus
Fälle	FRA, GB, Ita, JAP	CH, Can, DE, USA, CH
Spaltungssystem	Links-Rechts dominant	Komplexere Konstellation links-rechts Staat-Kirche Sprache Ethnie Zentrum-Peripherie
Fälle	Jap, GB, USA, DE, Oz	Can, Indien, CH
Parteiensystem	Zweiparteiensysteme	Mehrparteiensysteme

Fälle	USA, GB, Oz, NZ, Esp	Ita, Can, CH, DE
-------	----------------------	------------------

Entstehung der Typologie:

Bis in die 60er Jahre war der Vergleich von Demokratien auf grosse westliche Länder beschränkt (haupts. USA und GB). Diese wurden als „gute“ Länder angesehen, da sie Kriege überlebten und nicht faschistisch wurden → normativer Ansatz: das Überleben von Demokratien hängt von einer spezifischen politischen Kultur ab

Nach den 60ern wurde durch De-Kolonialisierung (3. Welle) der Pool von Fällen erweitert (und durch erweitertes Interesse an kleineren Ländern) → man erkannte, dass auch andere Systeme gut funktionieren können.

- Sie kennen Vor- und Nachteile beider Regimetypologien.

Westminster	Konkordanz
Historisch positiv: <ul style="list-style-type: none"> - Zwischenkriegszeit - Kein Zusammenbruch der Demokratie 	Historisch Negativ <ul style="list-style-type: none"> - Nach 1. Und 2. Weltkrieg - Regierungsinstabilität führt zu dem. Krise
Effektiv <ul style="list-style-type: none"> - Regierung entsteht sofort nach Wahlen - Stabile Regierungen da aus 1 Partei 	Uneffektiv <ul style="list-style-type: none"> - Regierungsbildung mühsam - Koalitionen führen zu Instabilität
Verantwortlich (accountable)	Nicht accountable <ul style="list-style-type: none"> - Viele Akteure
Abwechslung <ul style="list-style-type: none"> - 2 Parteien wechseln sich ab wenig stimmen können unterschied machen → Wähler haben Einfluss	Kontinuität <ul style="list-style-type: none"> - Koalitionsverhandlungen jenseits vom Einfluss der Wähler
Nicht-repräsentativ <ul style="list-style-type: none"> - First past the post 	Repräsentativ <ul style="list-style-type: none"> - Minderheiten werden eingebunden
Mässigung <ul style="list-style-type: none"> - Parteien müssen breit gemässigten Wähler anlocken 	Extremismus möglich <ul style="list-style-type: none"> - Mehrparteiensysteme erlauben Vertretung von extremen Stellungen

→ Zwei radikal unterschiedliche Prinzipien → kommt auf Gesellschaft an

-

Bei der 2. Welle handelte es sich vor allem um die Wieder-Demokratisierung des Westens. Das heisst, vor allem totalitäre und faschistische Regimes, sowie um die Dekolonialisierungswelle Grossbritanniens.

Die 3. Welle war eine weitere Ausdehnung von Wahldemokratien. Dies geschah ca. um 1974 bis 2000 (zwischen 74 und 00 stieg die Zahl der Demokratie von 39 auf 120). Zum ersten Mal waren die meisten Länder der Welt demokratisch, was bedeutete, dass der grösste Teil der Bevölkerung in Wahldemokratien lebte (Wahldemokratien sind nicht liberale Demokratien → in liberalen Demokr. Sind alle Rechte für fairen Wettbewerb gegeben.) Die Demokratie breitete sich, auch durch das Engagement des Demokratieexports, ausserhalb des Westens aus, wenn auch geographisch unregelmässig.

Der erste Ausbruch der 3. Welle fand gemäss Diamond zwischen den 70ern und 80ern aus. Dies begann mit der Wiederdemokratisierung von Portugal, Spanien und Griechenland und dann mit der (Wieder)Demokratisierung in Lateinamerika und Asien.

Der zweite Ausbruch fand mit dem Ende des Realsozialismus zwischen 1990 und 2000 statt, in der Sowjetunion, Osteuropa, dem Balkan und dem Kaukasus sowie in Südafrika mit dem Ende der Apartheid und in China scheiterte die Demokratisierung.

In Mitteleuropa (ex-Satellitenstaaten) fand die Demokratisierung relativ reibungslos statt, da diese Länder vorher schon mit Demokratie in Kontakt waren.

In Osteuropa (ex-Sowjetunion) gab es keine oder eine inkomplette Demokratisierung.

1. Welle → aus absoluten monarchien
2. Welle → aus Totalitarismus und kolonialer Herrschaft, faschistischen Systemen
→ oft Wiederdemokratisierung
3. Welle → aus – militärischer Herrschaft, - Einpartiensystemen (DDR), - persönlichen Diktaturen

Transformationspfade (nur für 3. Welle!)

Transformation: Regierende Elite führt demokratisches Regime selber ein

Ersetzung: Initiative für demokratisches Regime kommt von Opposition/Zivilgesellschaft (oft durch Revolution)

Transplatzierung: gemeinsam von Elite und Opposition

Transformation aus Militärregimen:

Oft ergreift das Militär-Establishment die Initiative, da sich das Militär selten als permanente Machtform sieht.

Ergreift das Militär die Initiative, werden normalerweise die verhandelten Garantien wie „keine Verfolgung“ und „Weiterhin wichtige Rolle, Respekt und Autonomie im neuen System“ gesichert.

Geht die Initiative jedoch nicht von Militär sondern von der Opposition aus, werden diese Garantien nicht gesichert.

Transformation aus Ein-Parteiensystemen

Hier sieht sich die Partei als permanente Machtform und ist oft stark ideologisch. Die Transition ist schwierig, da es sich um eine Fusion von Staat und Partei handelt.

Einerseits ist es ein *institutioneller Wandel*, da der ganze Staatsapparat in den Händen der Partei ist. Diese Trennung ist schwierig und es ist ein neuer Aufbau nötig.

Andererseits ist ein *ideologischer Prozess* nötig, denn die Ideologie der Partei definiert normalerweise die nationale Identität.

Da die Partei die politische Landschaft stark prägt und weiterhin ein wichtiger Akteur bleibt, hat sie organisatorische Vorteile ggü. Konkurrenten.

Die Transitionen in Gegenrichtungen beschreiben die sog. „Rückwellen“ der Demokratisierungswellen.

Nach der

1. Welle – Rückschlag 1922 – 42 → Faschismus, Totalitäre Mobilisierung
2. Welle – Rückschlag 1958 – 75
3. Welle – Transitionsprozesse verfallen, autoritäre Rückschläge, einige kehren später zur Demokratie zurück.

1. Ökonomische und soziale Modernisierung, Klassenstrukturen
2. Politische Kultur, Religion und Gewalt
3. Zivile Gesellschaft, Institutionen und internationale Faktoren

Modernisierung:

Es gibt eine starke und positive Korrelation zwischen Wohlstand und Demokratie. Die am meisten entwickelten Länder sind alle Demokratisch und die meisten Demokratien sind ökonomisch entwickelt.

Ökonomische Modernisierung:

Je ärmer ein Land, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Demokratie zusammenbricht. Ökonomische Indikatoren sind Alphabetisierung und Kommunikation, da kompetentere Bürger politische Ereignisse besser verstehen; Komplexe Wirtschaftsstrukturen nicht in Staatskontrolle → Wettbewerb; eine erweiterte Mittelschicht, da diese Forderungen ans politische System stellt und es in einer grossen Mittelschicht weniger Ungleichheiten gibt.

Klassenstrukturen

Wachstum bedeutet nicht zwingend Gleichheit. Dann funktioniert die Modernisierungstheorie nicht. Oft entwickelt sich aber beim Wechsel von Agrargesellschaft zu Industriegesellschaft eine breite Mittelschicht, was eine geringere Konzentration von Ungleichheit bedeutet. Von dieser Mittelschicht werden dann partizipative und politische Rechte eingeführt.

Meistens wenn Wohlstand durch natürliche Ressourcen entsteht, gibt es eine negative Korrelation zwischen ressourcenreich und Demokratie. Die Abhängigkeit von einem Rohstoff (z.B. Öl) spricht gegen eine pluralistische Gesellschaft und gegen eine vielfältige Wirtschaft, da der Staat zum einzigen Wirtschaftsakteur wird und die Bürger quasi nur Rente beziehen. Sie sind also von ihm abhängig. Dies führt zu einer oft korrupten und kontrollierenden Elite die oft in Konflikt mit Minderheiten steht. Die internationalen Preise der Ressourcen führen zu Instabilität. Weiter gibt es keine Entwicklung einer kompetenten politischen Elite und da es keine private Wirtschaft gibt, gibt es oft Ungleichheiten und kein Mittelstand.

Vanhanen:

Partizipation und Wettbewerb

Jagers und Gurr:

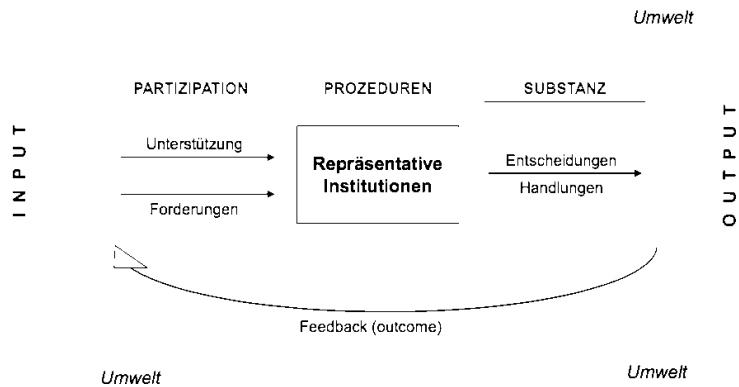
Skala 1-10 basierend auf

- **Wettbewerb**
- **Partizipation**
- **Elitebeschaffung**
- **Exklusivität von Regierungspositionen**

Freedomhouse

- **Civil liberties**
- **Political rights**
- **Democracy index** (free, partly free, not free)

Erinnerung aus Woche 1: Das politische System (David Easton)



Partizipation

- Politische Kultur
 - Teilnahme, Legitimität
 - Vertikales/horizontales Vertrauen
 - Horizontal: zwischen Bürgern
 - Vertikal: Zwischen Bürgern und Institutionen
 - Kompetenz, Interesse
- Partizipative Demokratie nicht = Audienzdemokratie (aphatisch)

Prozeduren/Prozess

- Wettbewerb (*Modul 1*)
 - Parlamentarisierung
 - Politische Rechte
 - Liberale/Zivile Rechte
- Demokratie (Polyarchie) ist nicht = Wahldemokratie (illiberal)

Substanz

- Ziele und Wirksamkeit (*Modul 3*)
 - Gleichheit, Fortschritt
 - Gemeinnutz
 - Berücksichtigung von Präferenzen
- populäre Demokratie nicht = Verfassungsdemokratie

Objekte der Unterstützung

- 1) Politische Gemeinschaft
 - a) Mitglieder eines Systems, Volk, territoriales Gebiet → Zugehörigkeitsgefühl

- 2) Politisches Regime
 - a) Struktur des Staates und Institutionen, Rollen der Institutionen → Legitimität
- 3) Politische Autoritäten
 - a) Inhaber der politischen Rolle und deren Verhalten → Leistungsbewertung

Quellen der Unterstützung

1. Spezifische Unterstützung (aktiv)
 - a. Spezifische Unterstützung bedeutet, dass als Bürger mit dem „konkreten“ Output des politischen Systems des jeweiligen Objektes (Gemeinschaft, Regime, Autorität) zufrieden ist. Man unterstützt die Entscheidungen, die getroffen wurden.
Das heisst, auf der *gemeinschaftlichen Ebene (Nation)* erfüllt man seine Pflichten (Militär, Steuern, Schule etc.) und anerkennt damit die Identifikation mit der Gemeinschaft.
Auf der *Regimeebene (Staat)* nimmt man aktiv Teil, z.B. bei Wahlen und anerkennt so ebenfalls die Struktur des Staates und seine Institutionen.
Die *Autoritäten (Regierung)* unterstützt man durch Zustimmung, das heisst Wiederwahl.
2. Diffuse Unterstützung (passiv)
 - a. Bei der diffusen Unterstützung akzeptiert man die Legitimität des Systems (Regimes) und Vertraut den Institutionen. Ausserdem teilt man die individuellen Werte der Gesellschaft.
Das heisst, auf der *gemeinschaftlichen Ebene (Nation)* identifiziert man sich mit den Werten und der Zusammensetzung der Gemeinschaft.
Auf der *Regimeebene (Staat)* akzeptiert man dessen Legitimität.
Die *Autoritäten (Regierung)* vertraut man dessen Entscheidungen.

	Objekt:		
Quelle:	Gemeinschaft (~ Nation)	Regime (~ Staat)	Autoritäten (~ Regierung)
Diffus	Identifikation	Legitimität	Vertrauen
Spezifisch	Erfüllung Pflichten	Teilnahme	Zustimmung

Mangel an Unterstützung (1/2)

Systemische Konsequenzen:

	Objekt:		
Quelle:	Gemeinschaft (~ Nation)	Regime (~ Staat)	Autoritäten (~ Regierung)
Diffus	Verfall	Illegitimität	Misträuen
Spezifisch	Parallele Gesellschaften	Illegale Handlung	Abwahl, Protest

De-legitimierung ganzer
politischen „Klasse“

Bereich der anti-
systemischen Politik

Beim Arabischen Frühling handelte es sich um **diffusen Mangel an Unterstützung auf Regimeebene**, da durch verschiedene legale Handlungen die Regierung gestürzt wurde.

Mangel an Unterstützung (2/2)

Beispiele:

Quelle:	Objekt:		
	Gemeinschaft (~ Nation)	Regime (~ Staat)	Autoritäten (~ Regierung)
Diffus	Teilung von SP, B, UK, Kanada, Türkei	Arabischer Frühling	Partido Trabalhista (BRA)
Spezifisch	Amoral familism (Mafien)	Rote Armee Fraktion (D)	Abwahl Regierungs- partei (IRL)

Ob jemand ein Objekt (Gemeinschaft, Regime, Autoritäten) diffus oder spezifisch unterstützt, hängt von seinen Orientierungen ab (Begriff von Almond und Verba).

Es gibt

- **Kognitive Orientierungen**
 - Bürger verfügen über Kompetenz und Wissen über das System urteilen zu können
- **Affektive Orientierungen**
 - Wie sehr sie sich mit dem System orientieren können und welche Gefühle (Akzeptanz oder Ablehnungen) sie ihm entgegenbringen
- **Evaluative Orientierungen** → rational
 - In welchem Grad das System die Erwartungen erfüllt
 - Bewertungen, Einschätzungen

Diese Orientierungen führen zu verschiedenen **Typen von politischen Kulturen**.

1. **Patriarchal** → z.B. Nordkorea
 - a. Bürger sind uninteressiert, inaktiv, kenntnisarm
 - b. Sind von Leistungen nicht betroffen und fühlen sich machtlos
 - c. Sind Gehorsam, keine Erwartungen
2. **Subject** → Untertanenkultur
 - a. wenig interessiert, einige Kenntnisse, hauptsächlich inaktiv
 - b. Beurteilen aber Leistungen und sind betroffen
 - c. Fühlen sich entfernt vom System
3. **Participant** → meist moderne Demokratien
 - a. Interessiert, breite Kompetenz, aktiv
 - b. Beurteilung/Betroffenheit von Leistung und Entscheidungen
 - c. Wenig gehorsam, grosse Erwartungen, Rechten bewusst
4. **Civic Culture!!** → Misch-Typ einer stabilen Demokratie → Rechte UND Pflichten
 - a. Gemäss Almond und Verba der sinnvollste Typ
 - b. Kompetenz, Teilnahme und Aktivität
 - c. Erwartungen und Betroffenheit
 - d. Bewusstsein über Rechte
 - e. Elemente der Untertanenkultur
 - i. Akzeptanz
 - ii. Folgsamkeit
 - iii. Autorität
 - iv. Loyalität
5. **Audienzdemokratie?**
 - a. Paradox: Zunahme der privaten Sphäre auf Kosten öffentlicher Sphäre

- b. Disengagement: Zurückziehung von Bürgern, weniger Identifizierung und Legitimität
 - i. Indikatoren: Wahlbeteiligung, Mitgliedschaften, Austausch & Information
- c. Regulierungsbehörden spielen grössere Rolle
- d. Politische Parteien versetzen sich von Gesellschaft zu Staat → Cartel Party

→populistische Reaktion

In den 80er und 90er Jahren fand ein Wechsel von „treuen“ (*allegiant*) Bürgern, zu bestimmenden und durchsetzungsfähigen (*assertive*) Bürgern statt (Studie von Inglehart und Welzel). Die *assertive citizens akzeptieren Regeln weniger, die Loyalität schwächt sich ab*. Dieser Wechsel fand über Generationen statt.

Es wurden seit den 60er Jahren immer mehr **emanzipative Werte** gefordert:

- Bürger wollten mehr ausdrücken und mehr sagen → Voice
- Sie wollten grössere Auswahl an Lebensstilen und mehr Toleranz → Choice
- Libertäre Werte → Choice
- Gleichheit statt sozialen Rollen → Choice
- Individualität, Unabhängigkeit und Autonomie → Choice

Systemische (und anti-systemische) Teilnahme: Legalität.

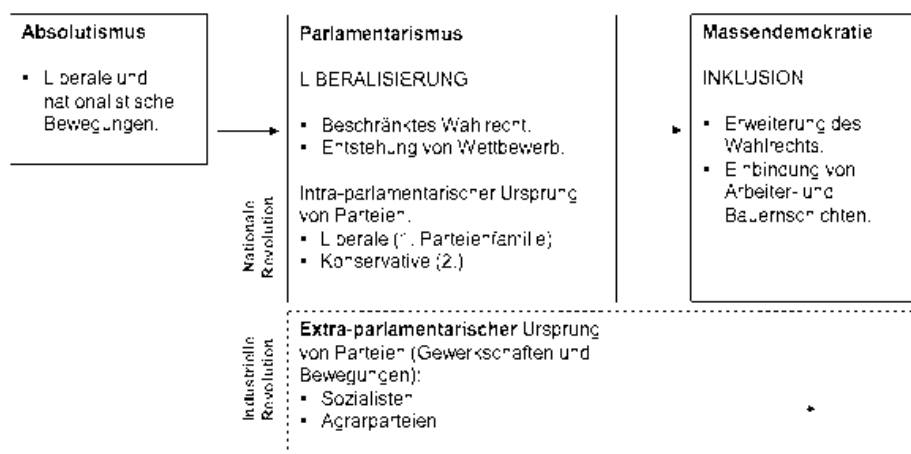
Anspruch der Teilnahme	Kanal der Partizipation:		
	Gesellschaftlich	Politisch	Illegal
Niedrig	Kommunikativer Austausch, Information, Auseinandersetzung.	Wahlen, abstimmen, PolitikerInnen kontaktieren.	Illegale Formen der Kommunikation.
Mittel	Teilnahme in kollektiven Events, Boykotten, streiken, Petitionen.	Spenden, Zeitinvestition in Parteiaktivitäten.	Inoffizielle Streike und Demonstrationen, Okkupationen, sit-ins.
Hoch	Aktivismus, Organisation von kollektiven Events, lobbyieren.	Mitgliedschaft in Parteien, kandidieren, führen.	Gewalttätige Aktivitäten, Sabotage, Entführungen, Anschläge, Mord.
	Interessengruppen, soziale Bewegungen	Politische Parteien	Illegale Gruppierungen

Makrofaktoren die in den Demokratien zu **mehr Partizipation** führen sind die breiten Möglichkeiten sich legal zu beteiligen und dass *illegale Formen meist nicht toleriert* werden. Die unterschiedlich starke Partizipation in Demokratien lässt sich **generell auf Wohlstand, wirtsch. Entwicklung, Alphabetisierung, partizipative Kultur und Vertrauensgrad** zurückführen. Weiter sind die **Art der Wahlen (System, Grad an Wettbewerb etc.)** und die **Organisation in der Gesellschaft (Gewerkschaften, Arbeitsmarkt, Konjunktur)** entscheidend.

In Autoritären Regimes sind vor allem obligatorische Wahlen und Mitgliedschaften determinierend für Partizipation.

Sartori (1968): „Citizens in modern democracies are represented *through* and *by* parties. This is inevitable.“

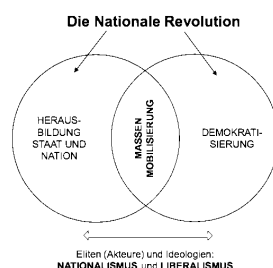
Parteien und die Entwicklung der repräsentativen Demokratie:



Zu den Zeiten des **Absolutismus** fanden erstmals liberale und nationalistische Bewegungen statt. Diese sind der Ursprung des heutigen Parteiensystems.

Mit der Entstehung des **Parlamentarismus** ergab sich erst mal eine **Liberalisierung** der Politik, was die *Entstehung von Wettbewerb* jedoch aber noch ein *beschränktes Wahlrecht* bedeutete. Erstmals gab es politische und zivile Rechte sowie eine organisierte Elite. Das heisst, die Massen waren noch ausgeschlossen. Aus diesem Parlamentarismus (→ **Intra-parlamentarisch**) entstanden dann während und durch die **Nationale Revolution** (**Herausbildung von Staat und Nation; Demokratisierung**), die ersten zwei Parteienfamilien: **Liberaler** und **Konservative**. Diese Elite führte die Parlamentarisierung an. Die Konservativen waren gegen eine Liberalisierung und damit auch gegen eine Parlamentarisierung, weshalb es eine Weile ging, bis sie selber sich als Partei organisierten.

Zur Erinnerung:



Die Parteien **extra-parlamentarischen Ursprungs** entstanden aus der **Industriellen Revolution**. Da diese zur Zeit des Parlamentarismus noch kein Wahlrecht hatten, mussten sie

sich ausserhalb des Parlaments organisieren. Es handelte sich hierbei vor allem um Gewerkschaften und Bewegungen.

Besonders die **Sozialisten** und **Agrarparteien**. Sie kämpften für eine *Ausdehnung des Wahlrechts* was sie durch die *Massenmobilisierung* erreichten. Es entstanden **Massendemokratien (→ Inklusion)** die sich durch eine *Erweiterung des Wahlrechts* und die *Einbindung von Arbeiter und Bauernschichten* auszeichnete.

Die Ubiquität von Parteien in der repräsentativen Demokratie:

(Ubiquität = Allgegenwart)

Parteien haben unterschiedliche Funktionen im System. Das lässt sich am einfachsten mit Easton's Modell erklären.

Auf der **Inputseite** *unterstützen* sie das System durch dessen **Legitimation** indem sie Teilnehmen, Bedürfnisse identifizieren, Bürger mobilisieren, organisieren und verschiedene geographische Teile des Landes verbinden (Wahlkreisübergreifend). → Siehe VL 7, Unterstützung

Andererseits stellen sie **Forderungen** an das System und **repräsentieren** damit das Volk. Durch *aktive Repräsentation*.

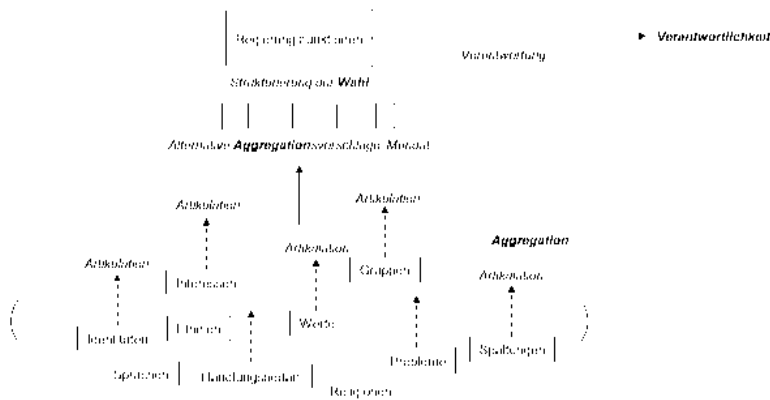
Responsiveness: sie reagieren auf die Präferenzen des Volkes. Ausserdem strukturieren sie die Wahlen, durch Listen und Aufstellung von Kandidaten.

Auf der **Outputseite** treffen Parteien *Entscheidungen und handeln*. Sie **regieren** indem sie verschiedene Interessen aus verschiedenen Klassen/Gruppen *aggregieren*.

Responsibility: Es ist klar erkennbar, wer für Entscheidungen verantwortlich ist.

Accountability: Sie stellen sich der Möglichkeit durch Abwahl oder Wiederwahl für ihre Entscheidungen sanktioniert zu werden.

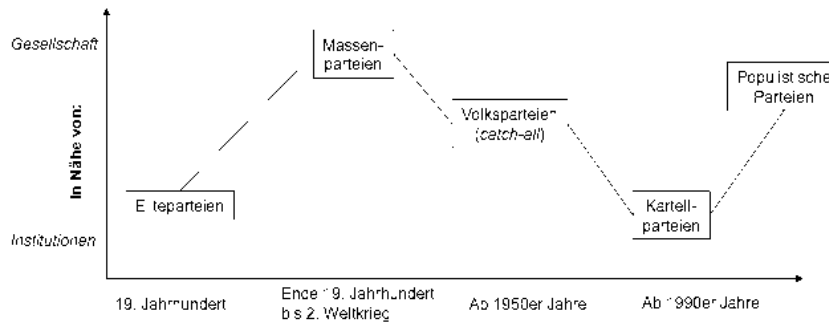
The responsible party model (APSA, 1950)



Die **doppelte Natur der Parteien** besagt, dass sie einerseits ihre eigenen *partikularistischen Interessen* vertreten, in ihren gezielten Politikfeldern und andererseits durch *Aggregation* die *generellen Interessen* der gesamten Gesellschaft formulieren sollten.

Modelle von Parteien

Entwicklung über die Zeit:



1. Eliteparteien (Kader oder caucus)

Liberal, Radikal und Konservative

- a. Intra-Parlamentarischer Ursprung
 - i. Funktion war nicht Massenmobilisierung
- b. Klubs von Abgeordneten: keine Mitgliedschaft.
- c. Wahl- und Kampagnenorganisation.
- d. Starker Klientelismus, schwache Ideologie.
- e. Parlamentarische Fraktion: ohne Organisation ausserhalb Institutionen.
- f. Nationale Organisation mit schwacher lokaler Verankerung.

- g. Persönliche Finanzierung.

2. **Massenparteien**

Sozialisten, Sozialdemokraten, Faschisten

- a. Extra-parlamentarischer Ursprung → Gegenpartei zur Elitepartei
- b. Sehr komplexe Organisation aus Mitgliedern und Kader
- c. Schwerwiegende Organisationen: extensive Mitgliedschaft in verschiedenen Schichten.
- d. Wahl- und Kampagnenorganisation, sowie soziale Funktionen (Verbindung mit anderen Organisationen), starke Ideologie.
- e. Hierarchische Organisation (zentralisiert) mit starker Organisation ausserhalb der Institutionen und lokale Verankerung in Branchen
- f. Programme durch Kongresse, Vorsitzende werden gewählt.
- g. Einbindung von sozialen Schichten: Arbeiter, Bauern, usw.
- h. Offizielle Mitgliedschaft durch Mitgliedschaftskarte.
- i. Finanzierung über Mitgliedschaft und Nebenorganisationen (Gewerkschaften).

3. **Volksparteien (catch-all parties)**

Umwandlung von Massenpartei

Christdemokraten, Liberale, Konservative, Sozialisten (z.B. CDU, SPD)

- a. Entwicklung von existierenden Parteien
- b. Formelle und strukturierte Organisation, Entscheidungen durch Eliten.
- c. Geringe Funktion von Mitgliedschaft, Professionalisierung (Kampagnenexperten, Befragungen, usw.).
- d. Gewählte Politiker überwiegend in Parteiorganisation.
- e. Ideologische Verwässerung.
- f. Schwächung von Bindung Partei-Nebenorganisationen.
- g. Diversifizierte Wählerschaft (keine classe gardée) → weniger Klassen, weniger unterschiedliche Werte, heterogen
- h. Finanzierung über Mitgliedschaft und Interessengruppen.

4. **Kartellparteien**

Etablierte Parteien (Regierungsparteien)

Parteienfamilie Schutz vor Abwahl, Sprachrohr des Staates

Schwache Verankerung in der Gesellschaft

Evolution von existierenden Parteien

- a. Verankerung der Partei in Institutionen: inoffizielle Staatsbehörde.
- b. Kollusion (*unerlaubtes Zusammenwirken*) zwischen Parteien: Verteidigungsstrategie.
- c. Sehr starke ideologische Anpassung zwischen Parteien.
- d. Mitgliedschaft als geschlossene Gesellschaft mit wenig interner Demokratie.
- e. Professionalisierung (Experten) statt politische Erfahrung.
- f. Finanzierung durch Staatssubventionen!

5. **Populistische Parteien**

Anti-Kartell, Extra-Parlamentarisch

- a. Anti-parlamentarischer / anti-establishment Protest.
- b. Keine formelle Mitgliedschaft, soziale Bewegung und Berufung auf ganze Wählerschaft.
- c. Verkörperung von Volkswillen durch starke Führerschaft.
- d. Schwache Ideologie basierend auf dem Kontrast: Volk vs. Elite.
- e. Mediatisierung der politischen Kommunikation.
- f. Finanzierung durch Staatssubventionen.

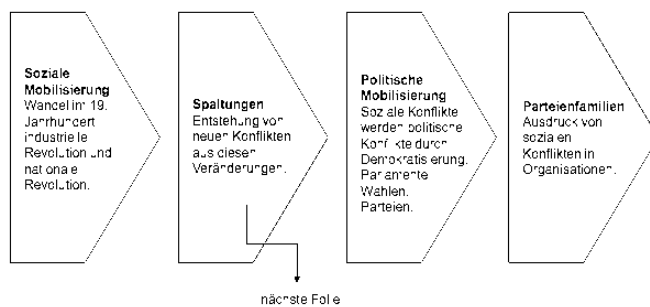
Modul 2 – Politics

Spaltungen, Parteiensysteme und Repräsentation

Warum gibt es Parteien, die es in jedem Land gibt (z.B. Sozialisten) während es andere nur in einigen Ländern gibt (z.B. Regionalisten)?

Historische Herausbildung von Spaltungen

Ein sozio-ökonomisches Modell.



Parteien sind ein politischer Ausdruck von Konflikten. Sie entstanden aus den sozialen Konfliktlinien, Oppositionen und Trennungen, oft während der Parlamentarisierung.

Dimensionen von Cleavages

- **Sozial**
 - Gruppen, Schichten, Klassen, Sprachen, Religion, Ethnie, Generation, m/w
- **Kulturell**
 - Werte, Glauben, Vertrauen, Solidarität, Loyalität
- **Organisatorisch**
 - Durch Demokratisierung werden Parteien zentral für die Durchführung vom „Kampf“

Übersicht

Revolutionen und Spaltungen

"Revolution"	Zeit	Spaltung
National	Frühes 19. Jahrhundert (beschränktes Wahlrecht)	Zentrum–Peripherie Staat–Kirche
Industriell	Spätes 19. Jahrhundert (Erweiterung Wahlrecht)	Stadt–Land Unternehmer–Arbeiter
International	Frühes 20. Jahrhundert (allgemeines Wahlrecht)	Kommunismus–Sozialismus
Post-industriell	Spätes 20. Jahrhundert (ce-mobilisierte Wählerschaft)	Materialismus–post-materialismus Offen–geschlossene Gesellschaften

Revolutionen und Spaltungen (ergänzt)

Inhalt des Konflikts	Parteienfamilien
Grad an staatlicher Zentralisierung und kulturelle Standardisierung (Rokkan, 1970; Cusack et al. 2007, 2010)	Regionalisten ethnisch-sprachliche Parteien
Säkularisierung, Demokratisierung, Partizipation in repräsentativen Institutionen (Duverger, 1954; Kalyvas, 1996)	Konservative / religiöse Parteien
Liberalisierung von industriellen Handel, landliche Partipolitik, Anwesenheit Industrie (Kogowski, 1987; Moore, 1988)	Agrarparteien
Grad staatlicher Intervention in Marktwirtschaft und Sozialpolitik (Barclay, 2009)	Sozialisten
Internationale Leadership und reformierende gegenrevolutionäre Strategien (Luebert, 1997; Bartolini, 2000)	Kommunisten
Policy Prioritäten bzgl. Zivildienste, Pazifismus, Feminismus und Umwelt – Wertenwende (Inglehart, 1977)	Neulinkte Parteien / Grüne
Offenheit vor Arbeitsmarkt / Einwanderung, wirtschaftliche Integration (Kitschelt, 1995; Kriesi et al., 2008, 2012)	Rechts-Populisten Parteien

Nationale Revolution – Zentrum vs. Peripherie

Während der Nationalen Revolution ergab sich durch die Herausbildung des Staates (territorial) eine *administrative Zentralisierung*. Gleichzeitig benötigte die Konstruktion der Nation (Identität) eine *kulturelle Integration/Standardisierung von Sprache und Religion*. Diese 2 Wandel führten zu einem Konflikt zwischen dem Zentrum eines Landes und dessen Peripherie um die **Erhaltung von Ressourcen** (wer zahlt warum wohin Steuern und wohin gehen diese Gelder), die **Erhaltung von kulturellen Identitäten und lokalen Privilegien**. Dieser Konflikt wurde durch die **geographische Abtrennung der Peripherie vom Zentrum**, **kulturelle Unterschiede und unterschiedliche Wirtschaftliche Stärke** verstärkt bzw. unterstützt.

In den Konflikt besonders involviert waren die **Regionalisten und ethnisch-sprachlichen Parteien gegen die Zentralisierung von Liberalen (und Konservativen)**.

Nationale Revolution – Staat vs. Kirche

Ebenfalls während der Nationalen Revolution wurden die *Privilegien des Klerus und der Aristokratie beendet*, sowie eine *Säkularisierung* eingeleitet und damit die Herausforderung von religiösen Werten. Bei diesem Konflikt ging es Konkret um die **Kontrolle der Institutionen und damit um Macht**, sowie darum wer durch **Schulbildung** Werte definieren konnte. Die liberalen Parteien wollten durch die nicht-religiöse Bildung liberale Bürger aufbauen.

Die involvierten Parteienfamilien waren vor allem die **Konservativen und Katholischen Parteien**, sowie die Christdemokraten.

Industrielle Revolution – Stadt vs. Land

Bei diesem Konflikt ging es um die **Industrialisierung** und den damit einhergehenden **Rückgang der Agrarwirtschaft**, sowie **der Aufstieg der städtischen und industriellen Bourgeoisie**.

Gestritten wurde über die Tarif- und Handelspolitik: **Protektionismus (der abgeschwächten Agrarwirtschaft) gegen Liberalismus (aufsteigende Industrie)**.

In diesem Konflikt regte sich vor allem **ländlicher Widerstand der Agrarparteien**.

Industrielle Revolution – Unternehmer vs. Arbeiter

Die industrielle Revolution hatte Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft: die Arbeiterbewegung stieg auf.

Dies Kämpfte im Konflikt „**Kapital gegen Arbeit**“ gegen die Ausnutzung und für die Verteidigung von Arbeitskraft. Es ging um **Sozialpolitik** und **Wirtschaftspolitik**.

Der Konflikt wurde ausgetragen zwischen **links-rechts**, die Sozialisten in Allianz mit den Gewerkschaften.

Internationale Revolution – Kommunismus vs. Sozialismus

Swojetrevolution 1917: Diktatur des Proletariats.

Trennung der Arbeiterbewegung in Europa:

Sozialisten und Sozialdemokraten: nationale Parteien

Kommunisten: Nationale Sektionen der Internationalen Bewegungen.

Das Hauptproblem war die Frage der Akzeptanz der Führung der Sowjetischen Kommunistischen Partei sowie ideologische Differenzen, ob es eine Revolution oder Wahlen brauche um das Proletariat an die Macht zu bringen.

Aus diesem Cleaveage entstanden zuerst Massenparteien und daraus die **Faschistischen Parteien**, welche die Nation über Klasse und „internationalism“ favorisierten. Die industrielle Bourgeoisie und die Aristokratie waren durch die sozialistischen Policies bedroht und radikalisierten sich, was zur Stärkung und Bildung von Faschistischen Parteien führte.

Die USA war eines der wenigen Länder die keine sozialistischen Parteien hatte. Warum?

- Offene Grenzen: die amerikanischen Arbeiter konnten sich frei auf der Suche nach besseren Bedingungen bewegen
- Die Dominanz von Republikanern und Demokraten verhinderte den Aufstieg einer 3. Partei
- Stimmberechtigung: Weisse, männliche Arbeiter durften alle abstimmen
- Die amerikanische Arbeiterschicht hatten mehr Wohlstand als die europäische. Dadurch hatte ein sozialistisches Utopia wenig Chancen.
- In den USA gab es nie eine Aristokratie, weshalb die US Arbeiterklasse der europäischen Bourgeoisie sehr ähnlich war.

Post-industrielle Revolution – Materialismus vs. Post-materialismus

The silent revolution – Inglehart

Nach 2. WK

Ältere Generation: mehr Bedürfnisse nach **physischer und materieller Sicherheit** durch WK.

Neuere Generation: mit postmaterialistischen Werten wie Gleichheit, Nachhaltigkeit, Emanzipation etc. sozialisiert, **psychologische Bedürfnisse nach post-materialen Werten** (vorallem 60er, 70er) → neue Linke (Grüne), soziale Bewegungen → Beschränkter Einfluss auf das Parteiensystem

Post-industrielle Revolution – Globalisierung – offene vs. Geschlossene Gesellschaft

Spaltung zwischen Verlierern und Gewinnern der Globalisierung.

Neue Rechts-Parteien sowie neue link-populistische Parteien.

„Volk (rein) gegen Elite (korrupt)“

1920er – 1960er (90er)

These der Stabilität – „freezing Hypothesis“: Mobilisierung der grundlegenden Cleavages sei bis in die 1960er Jahre abgeschlossen. Starke Bindung zwischen sozialen Gruppen und Parteien verhindert neue Parteien. (Lipset & Rokkan)

Re-alignment These: zeigt, dass die neuen Spaltungen zwischen post-materialistisch und materialistisch sowie die Globalisierungsspaltung eine neue Anordnung der Parteien bedingt.

Das europäische Parteiensystem (1848–2012)



Die drei Hauptgruppen der Parteienfamilien haben sich nicht sehr geändert:

- Liberale
- Sozialisten

- Konservative

Typologie

- Dominante Parteiensysteme
- Zweiparteiensysteme
- Mehrparteiensysteme
 - Zentrifugal (moderat)
 - Zentripetal (polarisiert)
- Bipolare Parteiensysteme

	Eigenschaften	Beispiele
Dominante-Parteien Systeme	<ul style="list-style-type: none"> • Eine grosse Partei mit mehr als absolute Mehrheit der Stimmen/Sitze. • Keine andere Partei annähernd 50%. • Keine Alternanz, immer nur 1 Partei domiert über lange Zeit • Regierung durch eine Partei. • Oft in Situationen, wo diese Partei eine Hauptrolle beim Kampf für Demokratisierung oder Befreiung spielte. Darum hat sie später auch noch starken Support & Einfluss. • Braucht keine Allianz/Koalition 	<p>Indien bis 1975, Japan zwischen 1955 und 1993, Mexico bis 2000,</p> <p>Südafrika seit 1994</p> <p>Schweden Nachkriegszeit, Russland.</p>
Zwei- Parteien Systeme	<ul style="list-style-type: none"> • Zwei grosse Parteien gemeinsam ca. 80% der Stimmen/Sitze. • Parteien immer ungefähr gleich gross • Balanciert (35–45% je), eine erreicht 50% Sitze • Wenige Swing Wähler können Einfluss haben. • Koalition selten nötig • Alternanz zwischen Parteien. • Regierung durch eine Partei 	<p>Österreich Nachkriegszeit,</p> <p>Grossbritannien, USA</p> <p>Costa Rica, Malta, Neuseeland bis 1998, Spanien, Südafrika bis 1989, Turkey</p>
Mehr- Parteien Systeme	<ul style="list-style-type: none"> • Viele Parteien, keine annähernd 50% der Stimmen/Sitze. • Parteien mit unterschiedlicher Grösse. • Parteien fechten Wahlen individuell an und bilden Koalitionen nach der Wahl. • Alternanz durch Koalitionsänderungen. • Regierung durch Koalitionen. 	<p>Belgien, Kanada, Kolumbien, Dänemark, Finnland, Germany bis 1989, Ungarn, Italien vor 1994, Niederlande, Polen, Schweiz?</p>
Bipolare Systeme	<ul style="list-style-type: none"> • Zwei grosse Koalitionen gemeinsam ca. 80% der Stimmen/Sitze. • Koalitionen werden im Voraus gebildet • Balancierte Koalitionen (40–50% je). • Koalitionen sind stabil über Zeit und fechten Wahlen als 	<p>Frankreich in der 5. Republik,</p> <p>Deutschland seit 1990</p>

	Allianzen an. <ul style="list-style-type: none"> • Alternanz zwischen Koalitionen • Ähnlich wie 2 Parteiensystem aber hier Koalitionen und nicht Parteien • Regierung durch Koalitionen. 	Italien seit 1994, Portugal.
--	---	------------------------------

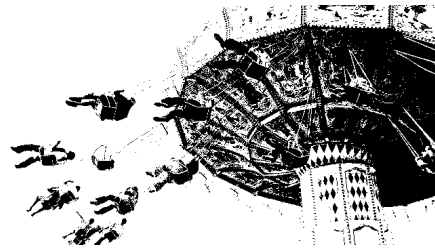
Typologie Mehrparteien

Moderat (z.B. Deutschland Bundesrepublik)

- Wenig Parteien
- Kleine ideologische Distanz (keine Anti-System Parteien)
- Zentrum nicht besetzt (Alternanz, pivotal party)
→ **Zentripetaler Wettbewerb** (zur Mitte hin)

Polarisiert (z.B. Deutschland Weimar)

- Viele Parteien
- Grosse ideologische Entfernung (Anti-System Parteien)
- Zentrum besetzt (unmögliche Alternanz)
→ **Zentrifugaler Wettbewerb** (von Mitte weg)



Parteien zählen / Messung der Fragmentierung von Parteiensystemen

- Alle Parteien, die antreten?
- Alle Parteien, die Stimmen bekommen?
- Alle Parteien, die Sitze gewinnen?
- Alle Parteien, über bestimmte Zahl Stimmen/Sitze?

Numerische Masse, zwei Varianten:

- Basierend auf Stimmenanteile: *effective number of elective parties* (ENEP) und F.
- Basierend auf Sitzanteile: *effective number of parliamentary parties* (ENPP) und F.

Dimension	Vergleich Majorz / Proporz (Zusammenfassung)	Bessere Leistung
Verantwortung (responsibility)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Identifizierbarkeit von Entscheidungsträgern. ▪ Rolle der Opposition. ▪ Kontinuum Ein-Parteien Regierung – Überdimensionale Koalition 	<p>Majorz</p> <p>Bieten den Wählern mehr Klarheit</p>
Zurechenbarkeit (accountability)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sanktion von Regierung (setzt Visibilität voraus). ▪ Welcher Effekt hat eine Wahlsanktion (z.B. zwischen 3-5% Stimmen)? ▪ Proporz: 35% Fälle neue Regierung; Majorz: 85% Fälle. Verantwortlichkeit für eigene Entscheidungen 	<p>Majorz</p> <p>in einem Proporzsystem würde die Regierung eine Sanktion „überleben“ Bei Verhältniswahl also schwieriger, Regierung zu sanktionieren.</p>
Repräsentativität (descriptive representation)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einbindung/Vertretung von sozialen Gruppen: Minderheiten. ▪ Verschiedene Ebenen: Parlament, Executive, Kommissionen. ▪ Expert surveys: Proporz: .49; Majorz: .26 (Laver und Hunt Index). ▪ Einfluss in Entscheidungen: Proporz: .48; Majorz: .20 (Powell Index) → Indices messen Einbindung /Vertretung von sozialen Gruppen/Minderheiten 	<p>Proporz</p> <p>In Majorz werden Minderheiten eher vernachlässigt</p>
Kongruenz (responsiveness)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Distanz Bürgerinnen und Politikerinnen: z.B. Links-Rechts Orientierungen. ▪ Skala 1-10: Proporz: .80; Majorz: 1.5 (durchschnittlich). ▪ Majorz: geringe Distanz Parlament-Exekutive. 	<p>Proporz (geringere ideologische Distanz zwischen Wählern und Parlamentariern)</p>

Man kann die beiden Systeme nicht miteinander vergleichen, da sie auf zwei unterschiedlichen Logiken basieren. Aber man kann vergleichen, ob die Logik des Modells der Realität entspricht.

Proporz: Partei hat so viel Machtprozent wie sie Stimmenprozent erhält.

Majorz: Partei, die am meisten Stimmen erhält, soll Recht & Pflicht haben, ungestört zu regieren.

Die verschiedenen Systeme maximieren verschiedene Effekte/Eigenschaften. Es gibt kein bestes System, da die Wahlsysteme der Gesellschaft angepasst sein müssen. Gespaltene, multikulturelle Gesellschaften brauchen fast zwangsläufig das Proporzwahlrecht, um Konflikte durch ständige Ausschliessung von Minderheiten zu vermeiden.

Rational Choice /Marktanalogie

Parteien maximieren ihre **Stimmen/Sitze/Wahlunterstützung/Macht**

Wähler maximieren ihre **Präferenzen**

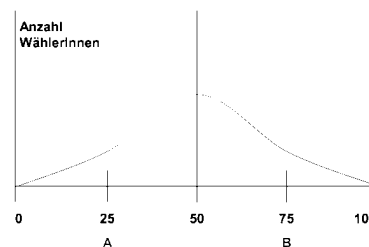
Räumliche Analogie (Downs)

Analog Medianwähler PolÖk

Parteien werden sich ideologisch in die Mitte bewegen, moderater werden um möglichst viele Stimmen zu gewinnen. Dies führt dazu, dass die Parteien ähnliche Ideologien und Programme aufweisen. Neue, an Extrapositionen angesiedelte Parteien sind keine grosse Gefahr für Parteien, da diese nur wenige Stimmen erhalten würde.

Das Modell von Downs

Die normale Verteilung von WählerInnen: zentripetaler Wettbewerb:



- **Rationalität:** Beziehung Parteien-WählerInnen oft „irrational“: sozio- ökonomische Partei-Identifizierung, Sozialisierung, Medien,
- **Volle Information:** Wählerinnen mit wenigen politischen Kenntnissen. Evaluierung von Nähe und Präferenzen schwierig bei technischen Themen.
- **Maximierung:** Parteien haben auch andere Ziele:
 - Office-seeking: Wahl-Unterstützung muss „genügen“ (\neq max.).
 - Vorrang an „constituency“ gegeben.
 - Policy-Inhalt hat Vorrang.
 - Ideologischer Druck von Mitgliedern und Aktivisten in den Parteien.
- **Mono-Dimensionalität:** Ideologischer Raum besteht aus mehreren Dimensionen, nicht nur Links-Rechts.
- **Konvergenz:** Sozialer Wandel, Homogenisierung: Anpassung statt Partei-Strategie.

Modul 3 – Policy

Wohlfahrtsstaat, Kapitalismus und Politikfelder

Typen von Policies

(Re-)Distributiv	Regulativ	Konstituierend
Verteilung und Umverteilung von Ressourcen zwischen sozialen Gruppen. <ul style="list-style-type: none"> ➤ Progressive Steuersysteme, öffentliche Versicherungen (Alter, Unfall, Arbeitslosigkeit), Regionalpolitik, usw. 	Beschränkung von Freiheit im Verhalten von Individuen, Gruppen, Organisationen: Sicherheit und öffentliches Interesse. <ul style="list-style-type: none"> – Qualitätsanforderungen, Strassensicherheit, Rauchverbot, usw. 	Normen, welche die Machtverteilung regeln: Institutionen und Prozeduren des Staates und territorialer Körperschaften. <ul style="list-style-type: none"> – Wahlsysteme, regionale Autonomien, Parlamentsverordnungen, usw.
Modul 2		Modul 1

Der Policy-Prozess: Phasen

	Phasen	Akteure
Zeit ↓	1. Problem-Identifizierung: Setzung der Agenda, kompetitiver Charakter (<i>politics</i>): wer ist in der Lage, die Agenda zu bestimmen?	Parteien, Interessengruppen, Medien, soziale Bewegungen.
	2. Policy Formulierung: Analyse und alternative Vorschläge (technische und politische Kriterien).	Ministerien, Parlament, Experten (auch Bürokraten)
	3. Entscheidung: Rolle der öffentlichen Öffentlichkeit (Transparenz und Kontrolle), Major vs. Konsens, Entscheidungsmodi (<i>polity</i>).	Gewählte VertreterInnen im Parlament (der legislative Prozess).
	4. Umsetzung: Implementierung, Phase der „Exekution“, Idee des top-down Prozesses, aber oft ist Realität anders, Feedback Prozess.	Regierung (Ministerien) und Bürokratie.
	5. Evaluation: Effekte und Wirkungen (\neq Outputs), Phase der Analyse und Empfehlungen für Revisionen und Korrekturen, Probleme der Neutralität der Analyse.	Experten, parlamentarische Komitees

Ein „Staat“: Typ von politischem System, welcher Staatsinterventionen in neuen Bereiche (jenseits von Sicherheit und Ordnung, Industrie und Wirtschaft, Administration) erlaubt.

Eine Reihe von „Policies“: Umfassende soziale Policies (Arbeit, Alter, Gesundheit, Unterkunft, Familie, Bildung).

Ziel „Wohlfahrt“: Schutz vor sozialen Risiken und sichert minimales Niveau in diesen Bereichen; Korrektur von sozialen Ungleichheiten. Basiert auf der „Idee“ von Gesellschaft & Gerechtigkeit.

Der Wohlfahrtsstaat

Zeitliche Variation	Räumliche Variation	Nicht nur ein Staat sondern genereller ein „Regime“:	Welfare regimes sind komplexe Systeme um soziale Risiken zu bewältigen (Esping-Andersen, 1990).
Die Entstehung und Entwicklung (nach dem 2. Weltkrieg) des Wohlfahrtsstaates (Rückgang?).	Typen von Wohlfahrtsstaaten und grosse Unterschiede zwischen Ländern & Regionen.	▪ Staat und Policies. ▪ Familienstrukturen. ▪ Zivilgesellschaft (Kirchen, Privaten, Vereinigungen, Parteien, usw.).	
Drei Ansätze:	Drei Haupttypen:		
• Funktionalismus. • Klassen-Mobilisierung. • Institutionalismus.	• Anglo-Sächsisch: Liberal. • Skandinavisch: Sozialistisch. • Kontinental: Konservativ.		

The modern welfare state is a European invention – in the same way as the nation state, mass democracy, and industrial capitalism. **It was born as an answer to problems created by capitalist industrialization** (*Functionalist approach*); it was **driven by the democratic class struggle** (*Class mobilization*); and it **followed in the footsteps of the nation state** (*Institutionalism*).

Certain risks of life potentially become social risks and subject to political struggles,

- because they are shared by many people and therefore affect the welfare of society as a whole (loss of income because of disability and/or old age)
- because they are interpreted as a threat to certain strata of society (poverty that causes protest and uprisings against the ruling elite)
- because the risks are beyond the control of any individual (mass unemployment in a market society)
- because shared values of fairness and social justice seem to be violated

Zeitliche Variation

1. Funktionalismus

- „The welfare state is an answer to problems created by capitalist industrialization.“ Disappearance of traditional means of subsistence and traditional bonds of mutual assistance; new risks of modern, urbanized and industrialized society.
- This theory expected policy convergence – different nations adopting similar social and economic policies. The differences in each welfare state were explained with chronology – the different timing of industrialization and modernization in the various countries. These differences would disappear in the long run.

Der Wohlfahrtsstaat ist eine Antwort auf die nationalen und industriellen Revolutionen

Wandel der sozialen Struktur: Urbanisierung, Familie, Säkularisierung. Antworten in den Bereichen von Unterkunft, Alter, Kinderbetreuung.

Wandel der politischen Struktur: Gleichstellung (Rechte), Inklusion von Massenbürgerschaft.

Wandel der wirtschaftlichen Struktur: Arbeitslosigkeit, Arbeitsbedingungen, (der Arbeitsvertrag und die „Kommodifizierung“ – Vermarktung – der Arbeit).

→ Erklärt Entstehung vom sozialen Staat **überall** in den kapitalistischen Volkswirtschaften **GENERELLE ENTWICKLUNG**

2. Klassen-Mobilisierung

a) Politics Perspektive

1. Wohlfahrtsstaat als Ideologie der Arbeiterschichten, Mobilisierung dieser Klassen durch Sozialdemokratie gegenüber den liberal-konservativen Parteien (Kapitalisten) und mit Allianzen mit Gewerkschaften.
„Collective political actors demand and fight for social policies in the interest of their clientele. The welfare state is then seen as the outcome of a struggle between social classes and their political organizations. If the new risks stemmed from treating labour as a commodity → decommodifying labour”.
2. Generalität der Links-Rechts Dimension
3. Erklärt Entstehung vom sozialen Staat überall in den kapitalistischen Volkswirtschaften → Generelle Entwicklung
4. Nach 2. WK
 1. **Kompetitive Logik:** grosse sozial-demokratische Parteien → mehr Wohlfahrtsstaat
 2. **Neo-Korporatismus:** Konsens zwischen Staat-Markt-Arbeit, besonders in kleineren Ländern.

3. Institutionalismus

- a) Policy-Perspektive Institutionelle und bürokratische (nicht politische) Logik; Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft (nicht Klasse):
- b) Autonomie gegenüber Politik: der **Staat** und dessen Institutionen.
- c) Wohlfahrtsstaat auch in nicht-demokratischen Kontexten: Deutsches Reich; Japan; Schweden **vor** Demokratisierung.
- d) Unruhen verhindern: **Massen** an Nationalstaat binden und wo zivile/politische Rechte abwesend sind: „Kompensation“.
- e) Ziel: Wehrpersonal, Witwen/Familien (**nicht** Arbeiter).

→ Starkes Element der **Konstruktion der Nation** und einer **sozialen Bürgerschaft**.

→ Erklärt Entstehung vom sozialen Staat **überall** in den kapitalistischen Volkswirtschaften **GENERELLE ENTWICKLUNG**

→ **ACHTUNG: Keine dieser Theorien ist falsch. Sie verhalten sich komplementär!**

- Grad an **Deckung:** Leistung für alle BürgerInnen ODER bestimmte professionelle Kategorien?
- Grund-**Prinzip:** Bedarf ODER Anrecht?

- Quelle der **Finanzierung**: Steuergelder ODER Beiträge?
- Grad an **Uniformität**: Proportionalität gegenüber vorherigen Kondition (Substitut) ODER minimales Lebensniveau gewährleisten?

Das Anglo-Sächsische Regime

Ideologie: Liberalismus

- Leistungen sind tief (minimales Lebensniveau) und uniform für alle BürgerInnen.
- Basiert auf Bedarf.
- Der Wohlfahrtsstaat wird über generelle Steuern finanziert.
- Zusätzlicher Schutz: Privat.

Länder: USA, Grossbritannien, Irland, Kanada. Auch Neuseeland und Australien aber tiefere Anforderungen für Bedarf (gewisse Grosszügigkeit).

Das kontinentale Regime

Ideologie: Konservativ, Christ-Demokratie

- Leistungen sind hoch (weit über minimalem Lebensniveau) und proportional gegenüber vorherigen Konditionen.
- Leistungen sind an professionellen Status gebunden (oder Status des Partners);
- Der Wohlfahrtsstaat wird hauptsächlich über Beiträge finanziert.
- Schutz ist fragmentiert: unterschiedlich für unterschiedliches Beitragsniveau und Arbeitsstatus. Versicherungskassen sind von der Arbeitskategorie abhängig.

Länder: Deutschland, Finnland, Schweiz.

Das kontinentale Regime

Ideologie: Konservativ, Christ-Demokratie

- Leistungen sind hoch (weit über minimalem Lebensniveau) und proportional gegenüber vorherigen Konditionen.
- Leistungen sind an professionellen Status gebunden (oder Status des Partners);
- Der Wohlfahrtsstaat wird hauptsächlich über Beiträge finanziert.
- Schutz ist fragmentiert: unterschiedlich für unterschiedliches Beitragsniveau und Arbeitsstatus. Versicherungskassen sind von der Arbeitskategorie abhängig.

Länder: Deutschland, Finnland, Schweiz.

Das skandinavische Regime

Ideologie: Sozialismus

- Leistungen sind hoch (weit über minimalem Lebensniveau) und uniform für alle BürgerInnen, die Leistungen beziehen.
- Basiert nicht auf Bedarf: Recht für alle BürgerInnen.
- Der Wohlfahrtsstaat wird über generelle Steuern finanziert.
- Schutz über den Wohlfahrtsstaat ist umfassend (keinen zusätzlichen privaten Schutz notwendig): Gesundheit, Alter, Bildung, Unterkunft, Kinderbetreuung und Arbeit.

Länder: Skandinavische Länder, Niederlande, Belgien, Österreich.

minimal, öffentlicher Dienst besser
versorgt, klientelistische Systeme: Partei an der Macht „verteilt“ Gefallen.

Der heutige Wandel

Rückgang...?	... oder Wandel?
<p>Herausforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Sozio-ökonomischer Wandel:</i> Alterung, geringes Wachstum, Arbeitslosigkeit, neue Familienstrukturen, Globalisierung ▪ <i>Politischer Wandel:</i> Liberalisierung und Privatisierung; post-Keynesianische Phase von Politikern <p>Antwort: Nicht unbedingt Rückgang des Wohlfahrtsstaates (insbesondere in Ländern mit starker Sozialisten und Christ-Demokraten)</p> <p>Neue Rolle: Schutz vor Bedrohung durch globalisierte Arbeitsmärkte, Auslagerung der Produktion, Einwanderung (Unterstützung durch rechtspopulistische Parteien)</p>	<p>Anpassung an neue soziale Strukturen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Frauen im Arbeitsmarkt: <ul style="list-style-type: none"> - Kinderbetreuung, Tagesschulen 2. Internationale Arbeitsmobilität: <ul style="list-style-type: none"> - Mobile Pensionskassen 3. Alterung: <ul style="list-style-type: none"> - Vom Leistungsprinzip zum Beitragsprinzip: geringere Leistungen, längeres Arbeitsleben <p>Anpassung an neue wirtschaftliche Strukturen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beherrschung der Staatsdefizite: <ul style="list-style-type: none"> - Staat mit Regierungsfunktionen von privaten / professionellen Programmen statt direkte Intervention.

Den Wohlfahrtsstaat reformieren:

- **Retrenchment:** Starker Widerstand: Rolle von Parteien und Gewerkschaften mit „politischen Risiken“ (bei Wahlen) verbunden.
- **Privilegien und Leistungen:** Widerstand durch professionelle Kategorien.
- **Neue Quellen von „sozialen Risiken“:** Frauen im Arbeitsmarkt, neue Familienstrukturen, internationale Mobilität.
- **Welche Wirkungen auf Bürgerschaft?** Rolle des Wohlfahrtsstaats in Legitimierung des politischen Systems (*output legitimacy*). Z.B. Europäische Integration: braucht die Konstruktion einer EU- Bürgerschaft eine starke Sozialpolitik?

Raum der Solidarität: wer teilt was mit wem?



Zwei-dimensionaler Raum der Solidarität

Territoriale Dimension:

Physische Grenzen und Beweglichkeit: wer darf durch diese Grenzen?

EU Integration: Beseitigung von internen Grenzen und Aufstellung von neuen externen Grenzen.

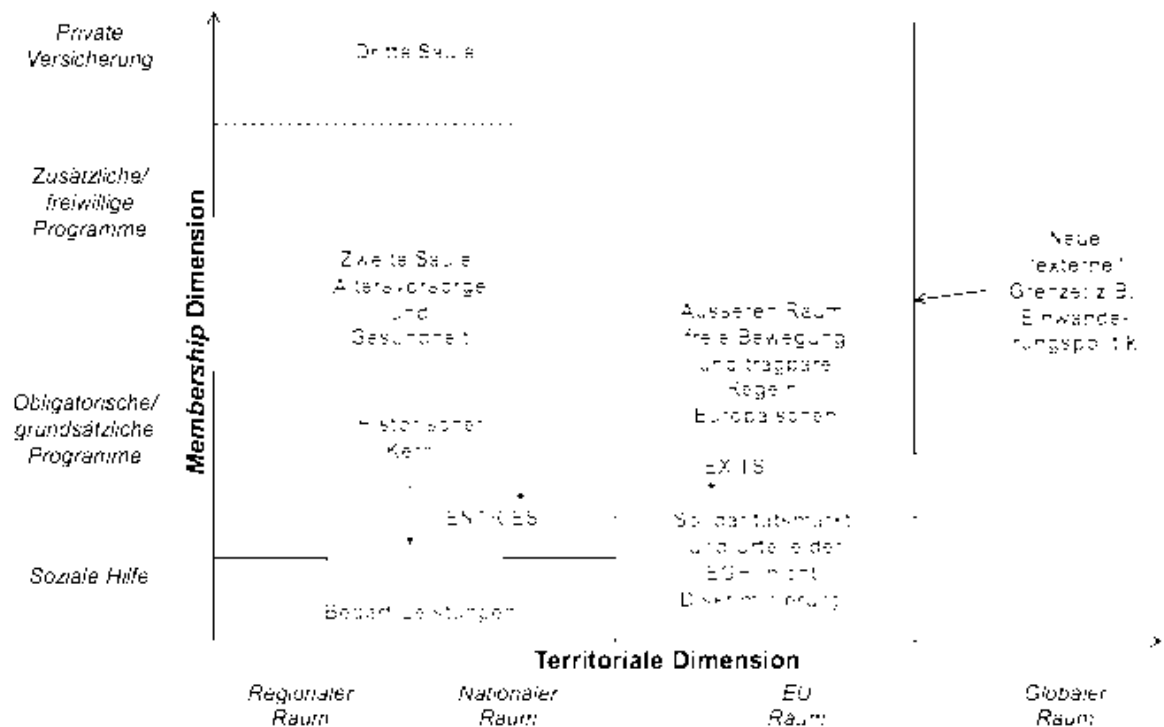
Membership Dimension:

Institutionelle Grenzen und Beweglichkeit: wer ist berechtigt Leistungen zu beziehen; wer ist berechtigt Leistungen zu liefern?

EU Integration: Einführung (Regulierung) von zusätzlichen zweiten und dritten Säulen (Privatisierung).

glaube Zürich

Zwei-dimensionaler Raum der Solidarität



VL 13

- ... die Rolle und das Spannungsfeld der politischen Ökonomie zu erschaffen.
- ... die historische Entwicklung der volkswirtschaftlichen Disziplin zu skizzieren.
- ... die Haupttypen des Kapitalismus plus die Begriffe „generelle / revolutionäre Krise“ erklären.
- ... klassische und sozialökonomische Marktwirtschaften zu skizzieren und vergleichen.
- ... den Zusammenhang / Trade-Off zwischen Wettbewerbsintensität und ökonomischer Effizienz zu skizzieren und anhand der vorliegenden Beispiele aus vergleichenden empirischen Analysen.
- ... die National und International des besprochenen Vortrages zu erläutern.
- ... die Zusammenhänge zwischen den drei Modulen herzustellen.

VII.14

... das Zusammenhang zwischen Nationalismus und Globalisierung kritisch zu betrachten.

... die Rolle der Medien zwischen und Partikularien im Licht der verschiedenen Paradoxien zu diskutieren.

... die Rolle von wirtschaftlicher Globalisierung und sozialer Ungleichheit (und deren Folgen) zu erklären und diskutieren.